

FANFARE



Das Infoblatt der
Freien Deutschen Jugend



Der neue Untertan

Wer Montags für Volksgemeinschaft
demonstriert
wär '33 mitmarschiert



<i>INHALT</i>	<i>SEITE</i>
=> <i>Der neue Untertan oder: Wer montags für die Volksgemeinschaft demonstriert Wär '33 mitmarschiert.</i>	3
=> <i>Gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Hannover</i>	5
=> <i>Diese Grenze wurde aufgehoben, damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen</i>	5
=> <i>Geh nicht in die Oberstadt - Marburg 27.10.14</i>	6
 <i>Themenschwerpunkt:</i>	
=> <i>Krause & Krupp oder Krupp & Krause</i>	8
=> <i>„... aus Ruinen“ - Ausgangslage für den Wiederaufbau in Ost und West 1945</i>	9
=> <i>„Herrenzeit aus“ - Zur Bodenreform</i>	13
=> <i>Entnazifizierung in der SBZ/DDR</i>	14
=> <i>Nazi Lehrer raus - Neue her!</i>	15
=> <i>„Ruf an die Jugend“</i>	16
=> <i>Blaue Teufel</i>	17
=> <i>Auf, Sozialisten, schließt die Reihen</i>	18
=> <i>Volkskongress</i>	20
=> <i>Eisenhüttenstadt</i>	21
=> <i>Das Theater der StalinStadt</i>	24
=> <i>Ede und Unku</i>	26
 => <i>Krieg in der Automobilindustrie</i>	
<i>Krieg in der Welt - STILLHALTEN oder WIDERSTAND?</i>	27
=> <i>Rote Armbinden</i>	30
=> <i>Und die Merkel reitet doch auf der V2-Rakete durch die Republik!</i>	32
=> <i>Informiert euch über das TTIP</i>	35

Abonnement / Impressum

*Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 10 €
(Förder-Abonnement: 20 Euro).*

Den Betrag habe ich

() in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.

() auf das Konto Nr.: 55 83 82 20 05

bei der Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: _____

Anschrift: _____

++

Telefon: _____

Spendenkonto:

Inhaber: FDJ, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, Konto Nr.: 55 83 82 20 05

*Die FANFARE ist das Infoblatt der
Freien Deutschen Jugend.*

Herausgeber ist der FDJ Zentralrat.

*Quellen- und Bildnachweise auf
Anfrage. Sämtliche Artikel geben
lediglich die Meinung
des Verfassers wieder.*

*Herausgeber: FDJ Zentralrat; E.i.S
V.i.S.d.P.:*

*M. Wildmoser, c/o FDJ Zentralrat,
Karl-Liebknecht-Haus,
Weydingerstr 14-16, 10178 Berlin
Tel./Fax: 030-24 00 92 11,
Mail: Fanfare@FDJ.de, Internet:
www.FDJ.de*

Der neue Untertan oder:

Wer montags für die Volksgemeinschaft demonstriert Wär '33 mitmarschiert.

Vielleicht muß man den Film „Der Untertan“* schauen, um zu verstehen, was hier gerade läuft, wenn wieder zehntausend Menschen „Wir sind das Volk“ und rassistische und chauvinistische Slogans rufend, Deutschlandfahne-schwenkend an einem Montag in Dresden auf die Straße gehen. Und was hier läuft, wenn dagegen zehntausend Andere, die im Gegensatz dazu meinen die Demokratie und Freiheit mit der Muttermilch aufgesogen zu haben, gemeinsam mit ihren Oberen in westdeutschen Städten auf die Straße gehen.

PEGIDA nennen sie sich „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Mit dem Titel hat der Großteil eigentlich nichts zu tun. Patrioten sind sie insofern, weil sie schon 1989 wollten, dass die DDR heim ins Reich geholt wird. Europäer ist man nur während der Fußball- Euroameisterschaft. Den Islam kennt man nur aus dem

Tunesienurlaub und als Besatzungssoldat in Afghanistan. Abendländische Kultur ist Weihnachtsliedersingen. In die Kirche gehen die wenigsten von ihnen. Nutzen eine dumpfe Islam-Angst, die in den letzten Jahren von Politikern wie Sarrazin geschürt wurden. Und ihnen passt die Ermordung der Redakteure der französischen Zeitschrift „Charlie Hebdo“ vermutlich von durchgeknallten, religiös-verbrämten Terroristen, so furchtbar gut in den Kram.

Sie sind „nur“ gegen Wirtschaftsflüchtlinge, die vor dem Elend fliehen, das bleibt, wenn diese für unsere billigen Klamotten, für unsere Handys, für unsere Südfrüchte schufteten und daneben verhungern. Auswirkungen eines Wirtschaftssystems, deren selbstverständliche Nutznießer sie sind, weil ihr Privileg ist, von der reichen BRD einverleibt worden zu sein.

Warum gerade Dresden? fragen viele. Weil man sich dort schon 1989 als Helmut Kohl die DDR besuchte Deutschland-Fahnen in die Hand drücken ließ und „Helmut! Helmut!“ rief. Weil sich deren Hoffnung auf ein schönes sattes Leben an der groß-deutschen Mutterbrust, in deren Arme man sich warf, nicht bestätigte. Weil mit der Krise sich alle Hoffnungen darauf erst recht zerschlugen und nur noch nackte Abstiegsangst herrscht. Die Angst noch weiter runter zu rutschen von der Stufenleiter der Getretenen und bald selber nur noch getreten zu werden, ohne selber noch treten zu können. Letztendlich weil es jener Teil der Sachsen ist, die eben keine „Wirtschaftsflüchtlinge“ werden mußten. Aber auch dort, weil sie immer noch in der irrigen Annahme sind, eine verhasste, autoritäre Regierung könnte mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ zerlatscht werden. Wofür sie ja auch ständig in den letzten 25 Jahren gelobt wurden.

Wo sie auf einmal herkommen? Na was glaubt ihr warum die NPD gerade in Sachsen soviel Zulauf hatte? Und was ist mit den 48% Nichtwählern? Da ist viel Wut auf diesen Staat, der lieber die Vertretung der Monopolbourgeoisie ist und der sie im Stich läßt, wo sie doch so treu-deutsch, ja doch die besseren Deutschen sind. Da ist viel dumpfer Stammtisch-Chauvinismus und ein Blickfeld nur bis zum eigenen Tellerrand. Und da ist viel Feigheit, anonym in der Masse mitschwimmen ist leichter.

Es ist die kleinbürgerliche Angst vor der Krise und dem Verlust der Existenzgrundlage, den sie spüren. Die Besonderheit: Es ist ein Kleinbürgertum, das sich in der DDR in Kinderschuhen entwickelte und sich von der Annexion und Großdeutschland ein richtig klein-bürgerliches Leben erhoffte. Das ist so im Imperialismus nicht möglich. Es bleibt die Hoffnung auf das Leben auf Kosten anderer...



Ganz normales Volk?

*Der Untertan ist ein Film der DEFA von 1951 nach einem Roman von Heinrich Mann. Er beschreibt den typischen preußisch-deutschen Untertanengeist, Mitläufer sein und feige, aber auch nach Macht streben und diese dann weidlich ausnutzen: „Nach oben buckeln, nach unten treten“. Und er beschreibt, wie die Herrschenden mit diesen Untertanen zwei Weltkriege machen konnten. Der Film, hat das so gut beschrieben, dass er im Westen zuerst verboten und dann ungekürzt erst nach 20 Jahren zu sehen war. Der Spiegel begründete das 1951 so: „Ein Paradebeispiel ostzonaler Filmpolitik: Man lässt einen politischen Kindskopf wie den verwirrten Pazifisten Staudte einen scheinbar unpolitischen Film drehen, der aber geeignet ist, in der westlichen Welt Stimmung gegen Deutschland und damit gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik zu machen. Der Film lässt vollständig außer Acht, dass es in der ganzen preußischen Geschichte keinen Untertan gegeben hat, der so unfrei gewesen wäre wie die volkseigenen Menschen unter Stalins Gesinnungspolizei es samt und sonders sind.“



Der Barbarei!

Eine reale Hoffnung: Sind wir doch mitten im Angesicht einer sich zuspitzenden Weltkriegsgefahr. Und hiergegen gehen bisher keine tausend auf die Strasse. Ukraine, Russland spielt keine Rolle mehr in den Medien. Der Oligarch Poroschenko, den sie als „demokratische Alternative“ in den Präsidentensessel der Ukraine gehievt haben, sagt: „Wir haben uns auf das Szenario für den totalen Krieg vorbereitet.“ Eine offene Drohung mit Weltkrieg, weil er ihn nicht ohne Hilfe imperialistischer Mächte überhaupt anfangen könnte. Und die einzigen, die gegen einen möglichen deutschen Kriegseintritt wettern, sind ein paar Ex-Politiker, wie der Jugoslawien-Krieg-Führer Schröder und der NATO-Sicherheitskonferenz-Vorbereiter Teltschik, naja und noch ein paar Gutmenschen?

Und was ist mit denen, die zur Zeit in einer Art und Weise gegen PEGIDA wettern, dass man meinte, man lebe wirklich in dieser toleranten, offenen Gesellschaft, die sie da herbeibeschwören? Warum waren Merkel und Co. davor? Müßten die Forderungen ihnen doch eigentlich in den Kram passen. Tun sie doch seit Jahren nichts anderes, als eine Flüchtlingsabschottungs- und Abschiebepolitik voranzutreiben, die jedes Jahr tausende Tote im Mittelmeer fordert. Und sie würden den Zeitgeist treffen, unterstützen doch nach einer Umfrage der „Zeit“ 75% ganz bis teilweise die Forderungen von PEGIDA. Vielleicht wollen sie ja so diese Bewegung

vergrößern, durch Trotzreaktion? Die konservative „Welt“ schreibt dazu am 4.1.15: „Ich habe den Eindruck, dass gerade die sich überbietende Feindseligkeit, die unverhohlene Verachtung auf Pegida wirkt wie ein Wachstumshormon. Die Feindschaft der anderen gibt ihnen ein vermisstes Gemeinschaftsgefühl. Wer so viel Feindschaft auf sich zieht, muss groß und wichtig sein.“ Und es gibt sie ja die Politiker von CSU und SPD, die meinen man müßte doch die Sorgen dieser Menschen ernst nehmen, eine noch rigidere Abschiebepolitik fordern und die Aufstockung der Polizei und so weiter und so fort.

Vielleicht ist ihnen ja die Außenansicht Deutschlands wirklich wichtig, so schön zufrieden demokratisch, dass wir keine Front National Frankreichs, keine Partei für die Freiheit der Niederlande oder Goldene Morgenröte Griechenlands brauchen. Oder sie selbst wollen entscheiden, wann sie das brauchen. Es läuft einem zumindest kalt den Rücken runter, wenn sich die Volksgemeinschaft auf der anderen



Als der Stuhlgang wieder laufen lernte ...

Seite hinstellt und den Ossis all das vorwirft, was sie selbst doch ehrlich gesagt nie abgelegt haben. Nach dem Motto: Ich bin besser, weil ich täglich beim Türken einkaufe und meine Freundin italienische Wurzeln hat. Aber Deutsche werden, dürfen die schon erst in der 4. Generation und benehmen müssen sie sich gefälligst auch. Gerade in Städten wie München, der „Hauptstadt der Bewegung“, wo vor nicht allzu langer Zeit ein Flüchtlingscamp von der Polizei brutal geräumt wurde und keiner dieser Demokraten pieps gesagt hatte, da gehen sie auf die Straße. Oder gerade ein Volker Bouffier der 1999 noch in Hessen eine Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft betrieben hat und sich jetzt hinstellt und sagt, sowas wie PEGIDA könne es ja nur im Osten geben, weil die Menschen in der DDR keinen Kontakt zu Ausländern hatten. Ekelhaft. Vielleicht liegt ein bisschen Antwort, warum so viele Menschen demonstrieren ja auch in der Worten von Iris Gleicke, der Ostbeauftragten der Bundesregierung aus Thüringen „Ich habe keine Lust mehr, mir von Leuten wie Herrn Bouffier mein Leben erklären zu lassen.“ Ein bisschen spät nur blökt der Esel, er wird trotzdem zum großen Schlachten geführt werden...

Einem Teil der Bourgeoisie dürfte Pegida tatsächlich zur unrichten Zeit kommen: Für den Teil, der nicht für einen Frieden mit Russland ist. Deswegen das Lustigmachen über die vereinzelt „Putin hilf“-Schilder oder das Verteufeln, wenn auf deren Demonstration die Forderung nach Aufhebung der Sanktionen gegen Russland laut wird.

PEGIDA ist brauchbare Masse für den Weg in den Krieg, für die Unterdrückung anderer. Vielleicht ein bisschen zu laut, ein bisschen zu forsch, ein bisschen zu deutlich...

Und die „Gutmenschen“ die dagegen in Stellung gebracht werden? Keiner stellt die Frage, ob es nicht endlich doch Zeit wird, ein System zu beseitigen, das täglich neu nur noch Elend und Not hervor- und den nächsten großen Krieg näher bringt. Anstatt darauf zu hoffen, dass es doch nicht so schlimm kommen dürfte.

So verhält sich ein guter Untertan.

Anita



Gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Hannover

Am Freitag dem 3. Oktober 2014 saßen etwa 800 ausgewählte Gäste in der Marktkirche in Hannover. Unter ihnen Bundespräsident Joachim Gauck sowie sein Amtsvorgänger Christian Wulff, Exbundeskanzler Schröder und natürlich die „friedensstiftende“ Bundeskanzlerin Merkel.

Alle gemeinsam hörten sie der Andacht des katholischen Bischofs Norbert Trelle und dem evangelischen Landesbischof Ralf Meister zu, um sich danach durch ein Bad in der Menge zu begeben. Ja das ist schon ein Grund zum Feiern für die deutsche Bourgeoisie, 24 Jahre Annexion der DDR und kein Schuss ist damals gefallen. Dafür aber, ist die BRD endlich wieder wer in der Welt und kann ungeniert Spardiktate über die Länder Europas

verhängen, die Militarisierung der Bevölkerung massiv vorantreiben und endlich mit der Bundeswehr in andere Länder einfallen. Das alles, ohne dass da jemand ist, der einen in Schach halten könnte.

Bei all diesem Trubel wollten auch wir nicht mitmachen und haben uns deshalb ebenfalls zur Marktkirche begeben:

„Lieber Sozialistische Experimente als großdeutsche Katastrophen“ war vor der Marktkirche auf einem ca. 40 Meter langen Transparent zu sehen und auch wenn es einige störte, so gab es doch auch andere, die sich spontan anschlossen und das Transparent mithielten. Auch das durfte nicht fehlen, Schirme mit der Aufschrift „DDR LEBT“, denn ja es gibt sie noch, diejenigen die die DDR kennen gelernt haben und wissen, wie es anders geht!

Katrin

Diese Grenze wurde aufgehoben, damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen

Mitten in Berlin wurde am 9. November ein riesiges Transparent aufgestellt. Anlass war der 25te Mauerfallgedenktag. Auf dem stand: „Diese Grenze wurde aufgehoben damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen.“

Die Beteiligten, die FDJ, das Aktionsbündnis 9.11. und das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände hatten sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um sich gegen die Mauerfeierlichkeiten aufzulehnen und darüber aufzuklären, was durch den Fall der Mauer wirklich passiert ist. Da das Transparent am Alexanderplatz aufgestellt wurde, kamen viele Leute und sprachen uns auf den verwirrenden zum Nachdenken anregenden

Spruch an. Ein paar Leute waren sehr unfreundlich und direkt, manche beleidigten uns sogar als DDR-Verschwörungstheoretiker. Aber der Großteil der Leute ließ mit sich reden, viele spendeten und unterstützten die Aktion.

Es wurden sehr interessante Diskussionen über das Leben in der DDR geführt und zu guter letzt eine Kundgebung durchgeführt. Alles in allem war das eine sehr schöne Erfahrung besonders durch die gute Zusammenarbeit untereinander und das gegenseitige Helfen.

Eine Aktion die Spaß gemacht hat, einen Sinn hatte und uns weiter nach vorne gebracht hat in jeder Hinsicht.

Freundschaft Dario



„Geh nicht in die Oberstadt.“ - Aktion in Marburg, 27.10.14

Was Marburg zu bieten hat? Studenten, jeglicher couleur, ganze 25.000 auf engstem Raum. Ansonsten werben die Universität und die Stadt damit, dass sie in der Tradition der Marburger Schule rund um Wolfgang Abendroth, den Theaterschaffenden Erwin Piscator und dem SPD-Mitbegründer Wilhelm Liebknecht stünden. Günstige Bedingungen könnte man meinen um viele Leute zu agitieren und den Ruf aus den achtzigern, der linken intellektuellen Hochburg Marburg, wieder ein wenig Leben einzuhauchen. Auch stand Frankfurt, als dreitägige Station des Antikriegszugs Klassenkampf statt Weltkrieg vor der Tür.

Am 27.10. sollte es losgehen. wir die FDJ Frankfurt mit starker Unterstützung zahlreicher Genossen aus der restlichen BRD hatten geplant zentrale Plätze des Campus, welcher sich in Marburg über die ganze Stadt erstreckt, mit dem Lkw anzufahren. Dazu Agitprop mit Schalmeien und Fässern. Zur Linken vor Ort gibt es noch zu sagen, dass momentan vor allem die beiden Themen, Einführung einer Zivilklausel als Maßnahme gegen die Militarisierung der Universität, sowie das Problem der Burschenschaften, welche wegen einem zeitnahen Zwischenfalls wieder stark in der Kritik stehen. Auf zweiteres will ich an späterer Stelle eingehen.

Pünktlich zu Vorlesungsbeginn wollten wir am Hörsaalgebäude stehen, um die Studierenden auf dem Weg zum Unterricht abzufangen. Daraus wurde nichts. Denn die Zuständigen der Stadt erachteten unser Fahrzeug, als nicht ausreichend gesichert, dass Risiko für die Darsteller stehe in keinem Verhältnis zum Kunstcharakter der Aktion, kurz die Straßenverkehrsordnung steht in Marburg über der Versammlungsfreiheit. Für mich wirkte es ganz einfach wie ein verzweifelter Versuch uns mit irgendwelchen konstruierten Begründungen vom Fahren abzuhalten, uns den Protest zu nehmen, dass unter keinen Umständen die Marburger Provinzidylle gestört wird. Die Auseinandersetzung bewegte sich nur auf formeller Ebene, es wurde seitens der Zuständigen nicht auf die inhaltliche Relevanz des Antikriegskampfes eingegangen. Nun folgte ein mehrstündiger Streit mit den Behörden, die uns mit der Zeitschinderei den Dampf aus den kesseln nehmen wollten, uns aber damit eine Steilvorlage gaben und die Aktion anheizten. Es lag auf der Hand nun den Studierenden aufzuzeigen, dass die Stadt ihnen den Diskurs über den Deutschen Militarismus verwehren wollte. Kurzerhand benutzten



Auf dem Marktplatz in der Oberstadt

wir den Vorplatz der Mensa als Bühne für das Agitpropprogramm, für Reden und für das Malen eines Transparentes um



Transpi-Malen vor der Mensa

„Marburg verbietet Antikriegsaktion - Nicht mit uns“

die momentane Situation öffentlich zu machen.

Schließlich gegen, gegen späten Mittag, war der juristische Streit gewonnen und

die Stadt gab nach, wir fuhren los. Die Anwesenden Ordnungshüter echauffierten sich zwar weiterhin über die „miserablen Sicherheitsvorkehrungen“, sie waren ja bloßgestellt und lächerlich gemacht worden und außer diesem infantilen Genörgel blieb ihnen nichts mehr übrig. Die Lkw schlängelte sich endlich durch die Gassen Marburgs, bis wir spontan vor dem Haus einer Marburger Verbindung anhielten und zwei Genossen die Chance nutzten, dem mittelalterlichen Gesindel zu zeigen, dass sie die ersten sein werden die zittern müssen, wenn der Staat erst einmal in den Händen derer sein wird die ihn tagtäglich schaffen. Die Wirkung beeindruckte mich, während die Burschen unter den Fenstersimsen kauerten und ihre Kameras aufblitzen, standen die Nachbarn mit heruntergeklappten Mündern an den offenen Fenstern und wechselten zwischen entsetzen und purer Freude. Ihre Gesichtsausdrücke sprachen Bände, unterstrichen durch Gesten wie

dem Winken, dem Heben der Faust usw.: „Endlich wird dem Pack gezeigt, was wir von ihnen halten!“. Wenige Woche zuvor hatten ein Bursche, abends vor einer Kneipe, einen Studenten abgestochen und die Reaktionen darauf vielen bis zu diesem Zeitpunkt eher bescheiden aus.

Um 15.30 Uhr erreichten wir erneut das Hörsaalgebäude, den Ort der Abschlusskundgebung. Diese fand auch statt und anschließend, kam der Vorschlag von Genossen in die laufenden Vorlesungen zu gehen und den Studierenden von der Aktion, dem Streit mit der Stadt und so weiter zu berichten. Ja trotz anfänglicher Unsicherheit, gab es wohl keine Alternative und wir fingen an. Und es stellte sich heraus dass auch die Studenten und Professoren vollkommen überrascht waren und uns unbeholfen die Bühne überließen. Nach unserer Darstellung und der Aufforderungen, dass die Uni den Studierenden gehört und sie sich gefälligst auch so zu verhalten haben wurden wir mit Beifall verabschiedet.

Eine sehr gute Erfahrung und nachträglich kamen Rückmeldungen wie „Das war ja wie früher in den Siebzigern“ und „Endlich gibt es wieder Leute, die sich den Raum einfach mal nehmen.“

Alles in allem war die Aktion sehr erfolgreich, gerade auch weil es uns gelang die Schwierigkeiten am Anfang inhaltlich einzubringen und für unsere Sache zu nutzen.



Frank Deppe



Schalmeiende Genossen



Durch die Gassen der Marburger Altstadt

Krause & Krupp oder Krupp & Krause

Mit der Befreiung vom Hitlerfaschismus hatte Deutschland die Chance bekommen, einen friedlichen und demokratischen Neuanfang zu machen. Dieser wurde aber nur in einem Drittel des Landes wahrgenommen. Schwerpunkt dieser Fanfare sind die ersten Jahre der sowjetisch besetzten Zone und ihr Vergleich mit dem Westen. Haben die Zerstörungen durch den Krieg und die Ungleichverteilung der Industrieressourcen den östlichen Teil von vornherein wirtschaftlich schlechter dastehen lassen? Taten die Reparationen, mit denen Deutschland nach dem Potsdamer Abkommen seine riesige Kriegsschuld zumindest beginnen sollte abzubezahlen, ihr übriges? Die Mähr von der Pleite der DDR, von ihrer Unrentabilität lässt sich mit bürgerlichen Quellen widerlegen. Wo der Osten Kriegsschuld abbezahlt hat, wurde der Westen gegen die Sowjetunion u.a. mit dem Marshall-Plan wieder hochgerüstet. Für den Prozess der Denazifizierung war auch die Enteignung der Kriegsverbrecher von großer Bedeutung: zum einen mussten die Helfershelfer des faschistischen Systems und Kriegsgewinnler bestraft werden und dann statt für den Kriegsprofit für die Bedürfnisse des Volkes und den Wiederaufbau verwendet werden. Gleiches gilt für die Bodenreform und für enteignete landwirtschaftliche Betriebe, die dem Volk, den landarmen Bauern und Landarbeitern zugeteilt wurden. Auferstanden aus Ruinen gilt für die DDR buchstäblich, denn von den Zerstörungen der 12-jährigen faschistischen Diktatur und danach weiter geschwächt durch den Versuch die Kriegsschuld abzubezahlen, musste eine neue Industrie für den Wiederaufbau aus dem Boden gestampft werden. Die Erfolge, die errungen wurden, sind bis heute zu sehen, wenn auch mit Schimpf und Schmäh überzogen. Eisenhüttenstadt ist ein solches Beispiel für die Entwicklung einer eigenen, unabhängigen Industrie, die aufgrund der Embargo-Politik des Westens und dem heraufziehenden Kalten Krieg notwendig war. Den Neuanfang ernst zu nehmen, hat die SBZ aber auch darin bewiesen, die alten Kriegsverbrecher und Faschisten aus den alten Rängen zu entfernen. Die

systematische Entnazifizierung war notwendig - bedeutete aber gleichzeitig, dass ausgebildetes Personal an allen Ecken und Enden fehlte: bevor die faschistischen Lehrer weiter unterrichten, sollten Ungeschulte die Schulen übernehmen. In diesem Prozess spielte die Jugend eine wichtige Rolle: unter dem Faschismus erzogen worden, hatte sie einen Neuanfang in Erziehung, Schule und politischer Betätigung am notwendigsten. Aus ersten Gründungen von regionalen Antifa-Jugenden direkt nach dem Krieg wurde bald ein Hauptjugendausschuss gegründet, der die Umerziehung der Jugend in Angriff nahm. Ehemalige BDMlerinnen und HJler wurden zur Diskussion eingeladen. Durch praktische Arbeit in Jugendprojekten, wie z.B. der Talsperre Sosa oder dem Projekt „Max braucht Wasser“ wurde der Neuanfang gegen die alte Indoktrinierung, für den neuen antifaschistischen Staat konkret. Mit der Erkenntnis, dass die Spaltung

der Arbeiter- und Jugendbewegung den Faschismus erst möglich werden ließ, wurde nun nach dem Krieg auf die Einheit gesetzt. Sowohl die FDJ – noch im Exil von geflüchteten Jugendlichen gegründet – als auch die Vereinigung der SPD und der KPD sind Ergebnis dessen. Doch auch die Volkskongressbewegung ist ein solcher Versuch in einer antifaschistisch-demokratischen parteiübergreifenden Bewegung in allen Besatzungszonen, die für Frieden und Demokratie kämpfte, im Westen aber deswegen zerschlagen wurde. Die DDR ist ein Ergebnis des Krieges. Ihre Geschichte ist der Versuch, in Deutschland Faschismus und Krieg den Boden zu entziehen. Wenn auf diesem Weg auch viele Fehler gemacht wurden, muss man diese genauso kennen, wie die richtigen Entscheidungen, die heute, wo erneut die Weltkriegsgefahr wächst, lehrreich sein können. Denn die Geschichte der BRD ist die der Rückkehr zum alten Weltherrschaftsdasein. Und deswegen ist diese Fanfare keine zurückgewandte, sondern eine brandaktuelle!

Spannende Lektüre wünscht die Fanfare-Redaktion, die bei Kritik, Zweifel oder Zustimmung gerne kontaktiert wird.



Filmempfehlung zum Thema:

„... aus Ruinen“

Ausgangslage für den Wiederaufbau in Ost und West 1945

Deutschland liegt in Trümmern, der Faschismus ist endlich besiegt von der Anti-Hitler-Koalition. Die Siegermächte schließen in Potsdam im August 1945 ein Abkommen, das als Richtlinie für einen demokratischen und friedlichen Neuaufbau gelten soll. „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. [...] Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigene Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“¹ Zentral im Abkommen sind die Ausrottung des Faschismus und all seiner Instanzen, die Schaffung von Voraussetzungen, die einen Krieg von deutschem Boden aus verunmöglichen, die Bestrafung der NS-Täter, das Verbot aller verbrecherischen faschistischen Organisationen, die Zerschlagung der Monopole der Kriegsindustrie und die Verbannung des deutschen Militarismus aus dem öffentlichen Leben. Doch die eigenen wirtschaftlichen Interessen der Alliierten machten aus dieser einfachen politischen Klarheit des

Potsdamer Abkommens schnell sehr unterschiedliche Interpretationen der Vorgehensweise. Während man in der DDR den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und die Entnazifizierung sehr ernst nahm, zwangen wirtschaftliche Interessen des Kapitals die Westalliierten mehr und mehr zur Beendigung des gemeinsamen Kurses mit der Sowjetunion. Der Sozialismus, der in vielen Ländern aufgebaut wurde, wurde zur größeren Gefahr für die Vorherrschaft des Kapitals. Und zum Hohn der Opfer des Faschismus in der ganzen Welt wurde der Kurs der restlosen Entnazifizierung mehr und mehr verlassen.



*Wofür die Antifaschisten kämpften,
ist in der DDR Wirklichkeit.*

Reparationen

Der deutsche Faschismus hatte 12 Jahre lang Zeit, Schaden anzurichten. Die Entschädigung der Befreier war daher eine der wichtigsten Prämissen für den Wiederaufbau. Diese Entschädigung –

wäre sie auch im Westen ernst genommen worden – hätte ja gleichzeitig bedeutet, den neuen Staat so zu gestalten, dass solche Entschädigungen nicht mehr notwendig werden können. Deswegen ist es bis heute richtig, für die Entschädigungen der Zwangsarbeiter und Kriegsoffer zu kämpfen.

Mit den Reparationen sollten zum einen die Kriegsschäden in den überfallenen Ländern zumindest symbolhaft oder ansatzweise ausgeglichen werden, zum anderen sollten die Kosten der Besetzung zumindest teilweise durch Deutschland bezahlt werden, bzw. die alltäglichen Bedürfnisse der Besatzungsmächte befriedigt werden. Die Reparationen wurden z.B. durch Demontage bestritten, indem gewisse Kapazitäten abgebaut wurden, wie Gleise, Lokomotiven, Reisezugwagen, Fabriken. Bis 1946 sind 1000 Betriebe abgebaut worden.² Dies als Teil der Wiedergutmachung, wobei nicht vergessen werden darf, dass es sich um größtenteils zerstörte Industrieanlagen handelte, eine wirklich wirtschaftliche Bereicherung liegt nicht vor, wenn die Überbleibsel einer auf Kriegsproduktion ausgerichteten Industrie demontiert und im alliierten Land wiederaufgebaut werden. Vor allem, weil diese Industrie während des Krieges natürlich auch nicht mehr weiterentwickelt, immer weniger gewartet und immer mehr auf reine Kriegsproduktion ausgerichtet wurde. Daneben gab es als Reparation auch die Entnahme von Produkten aus der langsam wieder beginnenden Produktion oder die Aneignung aus produzierenden Betrieben. Und auch hier gilt das gleiche wie für die Demontage, hinsichtlich der Qualität waren das notbehelfsmäßige Reparationen. Das Verhältnis solcher getätigter Reparationszahlungen war zwischen BRD und DDR 1:10!³

Die Zahlung von Reparationen im Osten, bzw. Nicht-Zahlung im Westen hatte massive Auswirkungen auf die Möglichkeiten des Wiederaufbaus: das Bruttoanlagevermögen, also der Kapitalstock, der für die Industrie zur Verfügung stand, war 1948, als die Demontage abgeschlossen war, in der DDR 74-84% des Standes von 1936; im Westen dagegen 111%. Bürgerliche

1 - Potsdamer Abkommen. III. Deutschland

2 - Hermann Weber: DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1976. Hannover: 1976. S. 30

3 - Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft. S. 40

Forscher schätzen den Gesamtverlust der mitteldeutschen Industriekapazität auf 40-45% von 1936 durch Demontage und Reparation in der DDR und die Entnahme aus der laufenden Produktion auf 22% in den Jahren 1946-1953. Verglichen mit dem Westen hat hier also ein enormer Substanzverlust stattgefunden. Auf dem Stand von 1953 hatte die DDR 99,1 Mrd DM gezahlt. Die BRD dagegen 2,1 Mrd DM. Damit hatte die DDR 97-98% der Reparationslast übernommen, während die zukünftige BRD um die Reparationen größtenteils herumgekommen ist.

Marshall-Plan

Was die DDR bezahlt hat zur Wiedergutmachung der Kriegsverbrechen, hat die BRD als Starthilfe eingestrichen. Die Einigkeit unter den Alliierten, als sie

das Potsdamer Abkommen abschlossen, wandte sich bald. Die Aussage Churchills „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“ fasst die Auffassung einiger Westalliierten, vor allem der USA und Großbritanniens, weniger Frankreichs, zusammen, dass Westdeutschland im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gebraucht wurde und wieder aufgerichtet werden sollte. Die Einforderung von Reparationen durch die Alliierten war nur von einem Teil forciert, die Sowjetunion und Frankreich mit massiven Zerstörungen durch den Krieg waren auf diese wesentlich stärker angewiesen als beispielsweise die USA, die aufgrund des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs nach dem Krieg ihren Kapitalüberschuss gezwungen waren, produktiv anzuwenden. Diese Widersprüche unter den Alliierten sind entscheidend für das sogenannte

westdeutsche Wirtschaftswunder. Nichts anderes steckt hinter dem Marshall-Plan. Am 5.6.47 wurde vom amerikanischen Außenminister der Marshall-Plan präsentiert: sein erklärtes Ziel war es, zu verhindern, dass sich der Kommunismus weiter in Europa ausbreitet. Er sollte eine geschlossene, westliche Marktwirtschaft auf Wettbewerbs- und Konkurrenzbasis schmieden, um die Überlegenheit des Kapitalismus zu beweisen. Unterschrieben wurde er von 16 europäischen Staaten. Durch den Marshall-Plan wurde darüber hinaus die Ost-West-Teilung weiter zementiert. Aus dem Marshall-Fond wurden von 1945 bis 1956 15,5 Mrd DM – davon 10 Mrd DM als Geschenk, der Rest als Kredit – in die westeuropäische Industrie investiert. In der Nachkriegssituation in Westdeutschland fiel dies auf extrem fruchtbaren Boden: in der Kriegszerstörung herrschte Bedarf an allem, es gab willige und billige Arbeitskraft, die zwar durch den Krieg geschwächt war, aber zum Neuanfang bereit. Es fehlte nur an Produktionsmitteln und Kapital als Initialzündung, die durch den Marshall-Plan bereit gestellt wurden, was natürlich besser war als Reparationen zu bezahlen.

Die DDR hat natürlich auch von der Sowjetunion Unterstützung bekommen, aber diese war ideologischer oder praktischer Natur. Teilweise wurde auch konkret wirtschaftlich unterstützt, z.B. sind bis 1949 verschiedene Werke mit Hilfe der Sowjetunion aufgebaut worden oder notwendige Rohstoffe für die Ankurbelung der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Z.B. 1948/49 147000 t Roheisen, 140000 t Getreide.⁴ Anders als diese kleinen Anschubhilfen, ist die BRD systematisch und im Sinne der alten Herren wirtschaftlich hochgerüstet worden.

Disproportion

Die Besatzungszonen teilten Deutschland ungefähr mit 2 Teilen für die BRD und 1 für die DDR.⁵ 30% der Industriestätten lagen auf dem Gebiet der zukünftigen DDR; 70% im Westen. Dies ist eine geringfügige Ungleichverteilung zu Ungunsten der DDR, aber bei einer Teilung eines vorher einheitlichen und in sich verwobenen Wirtschaftskörpers ist der kleinere Teil stärker belastet und gehemmt und z.B. ausbleibender Handel trifft ihn stärker als den größeren Teil.

Des weiteren muss man sich auch die konkrete Verteilung der Industrie

II. ROTES WOCHENENDE DER FDJ

**FREITAG
13.02. -
SONNTAG
15.02.2015*
IN DRESDEN**



**WEG DER ALTE
HER DER NEUE
STAAT!
ANTIFASCHISTISCHE
UMWÄLTUNG
UND
SOZIALISTISCHER
AUFBAU AM ANFANG
DER DDR**

**ANMELDUNG:
ROWE@FDJ.DE**

***INKLUSIVE AKTION GEGEN DEN
DEUTSCHEN KRIEG**

ansehen. 1936 waren 26% der Stahl- und Eisenproduktion auf dem Gebiet der DDR, aber nur 5% der nötigen Grundstoffe für die Eisenproduktion (Koks, Steinkohle). Der Anteil am Rohstoffabbau auf dem Stand von 1938 im Osten waren gering: 1,9% Steinkohle, 6% Eisenerz, 4,3% Roheisen, 6,6% Rohstahl. Kurz gesagt in der DDR lag in vielen Industriezweigen die Verarbeitungsindustrie, in der BRD dagegen die Grundstoffindustrie, Schwermaschinenbau. In der DDR war die Kali- und Braunkohleförderung stark, in der BRD dagegen Eisenerz, Steinkohle (also Roheisen, Rohstahl ...). Aufgrund der starken Verflechtung der Produktion konnte die Ungleichverteilung nur mit hohen Kosten und hohem Aufwand überwunden werden.

Als Beispiel wird die Textilindustrie genauer beleuchtet, wie das in einem Industriezweig aussehen konnte. In dem Bereich der Textilindustrie war die DDR eigentlich stark aufgestellt und hatte dort wichtige Stützpunkte mit bedeutenden Anteilen an der Wirtschaft, aber ein Großteil der Spinnereien für die Herstellung der Ausgangsmaterialien lag im Westen. Dann war ein großes Hindernis auch im Bereich der Textilindustrie, dass sie von Faschismus und Krieg geprägt war. 1936 war die Textilindustrie (gemessen am Nettoproduktionswert) der zweitgrößte Industriezweig.

Im faschistischen Wirtschaftskonzept waren aber Textilien zunächst ziemlich unbedeutend. Textilindustrie war für die Faschisten nur unter dem Gesichtspunkt der Autarkie wichtig, da sie ja zunächst keine Kriegsbedeutung hatte. Die Abhängigkeit vom Ausland an Importen von Spinnstoffen betrug 95% und konnte natürlich in Anbetracht der Welteroberungspläne so nicht aufrecht erhalten werden. Daher hat man mit sehr aufwendige Maßnahmen den „nationalen

Faserplan“ ins Leben gerufen zur Verringerung der Auslandsabhängigkeit. Folge war: Umstellung auf Chemiefaser und Kunstseide, was qualitativ eine massive Verschlechterung darstellt. Ab Kriegsbeginn gab es keine Baumwollzufuhr mehr und es ist nur noch auf Kunstfaser produziert worden. Mit fortschreitendem Krieg wird die Textilindustrie immer wichtiger, denn die Wehrmacht hat wesentlich höheren Bedarf an Stoffen (Stichwort „General Winter“). Und damit ist die Kriegsproduktion in der Textilindustrie von 17% (1939) auf 43% (1944) angestiegen. Wir sprechen also von einer wirklich deformierten Textilindustrie, die nach dem Krieg auch noch teilweise zerstört, die Grundlage für den Wiederaufbau in der DDR sein sollte und auch noch einen der stärksten Industriezweige darstellte!⁶

Wirtschaftlicher Aufschwung trotz alledem

Der wirtschaftliche Aufschwung in der DDR, der trotz allem erreicht wurde, geht auf das Engagement der Bevölkerung zurück, die sich in Massen am Wiederaufbau beteiligte. Der antifaschistisch-demokratische Aufbau setzte am Arbeitsbewusstsein der Menschen an, eine neue Einstellung zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit musste gefunden werden. Die klassenbewussten Teile der Gesellschaft, die die Konzentrationslager der Faschisten überlebt hatten, beteiligten sich aktiv am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau und Arbeiter- und fortschrittliche Bewegung prägten die ersten Schritte in der SBZ. Dabei war auch die FDJ ein sehr wichtiger Faktor, die eine im Faschismus groß gewordene Jugend umerziehen musste und dies mit konkreter Tätigkeit im Wiederaufbau verknüpfte. So ist z.B. die Aktivistenbewegung

entstanden, die innerhalb mehrerer Jugendaktivistenkongresse 1948 bis 1949 von 4000 auf 60.000 Mitglieder anwuchs. Ein Beispiel für eine Jugendaktivisten-Aktion von 1948 sind die Leipziger Aktivisten, die in 100 Überstunden beim Elektrizitätswerk Leipzig Süd gearbeitet haben bei 30 Grad Hitze und so die Stromversorgung der Stadt wieder hergestellt haben. Das gesellschaftliche Engagement und freiwillige Arbeit im Wiederaufbau waren einer der Vorteile der DDR und eine Wurzel ihres wirtschaftlich schnellen Wiederaufbaus. Dann sind natürlich die Enteignung der Kriegsverbrecher von NSDAP, Wehrmacht, schwerindustrielle Betriebe entscheidend, was in gewisser Weise nicht nur politisch, sondern auch für den wirtschaftlichen Neuanfang eine Rolle spielt.

Die enteigneten Werte konnten in der Produktion eingesetzt werden oder als Reparation bezahlt werden.⁷ Bis 1949 ist es gelungen eine eigene, vom Westen unabhängige Schwerindustrie aufzubauen. Teilweise unter Entbehrungen für die allgemeine Versorgung und die Rückstellung der Gebrauchsgüterindustrie wurde dies erreicht.⁸ Schlüsselstelle war u.a. die Rohstahlerzeugung: bis 1946 wurden 150.000 Tonnen produziert. Bis 1953 waren es schon 2,1 Mio Tonnen (dies bedeutet eine Verdoppelung gegenüber 1936); ähnlich haben sich Energiewirtschaft und chemische Industrie entwickelt.⁹ Auch an der Erwerbsquote zeigte sich, dass sich in der DDR schnell ein Wiederaufbau entwickelte, in den die Bevölkerung eingebunden war. Die Erwerbsquote betrug in der DDR 50%, in der BRD – 45%. Auch die Frauenerwerbsquote war in der DDR wesentlich höher mit 49% als in der BRD mit 38%.¹⁰

Dagegen war die Versorgungslage in den ersten Jahren schlechter als in der BRD, da durch Rationierung und niedrige Löhne

4 - Die Hilfe der Sowjetunion bei der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR. Tafelwerk zu: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Verlag Die Wirtschaft 1970. S. 10.

5 - Zur Teilung: BRD – 249.000 km²; DDR – 108.000 km²

6 - Roesler, Jörg: „Ausgangsbedingung und Entwicklung der Textilindustrie in der DDR bis 1960“. In: Industriezweige in der DDR 1945 bis 1985. Akademie Verlag (Ost-)Berlin, 1989.

7 - Hermann Weber: DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1976. Hannover: 1976. S. 30.

8 - Hermann, S. 53.

9 - Hermann, S. 54.

10 - Bröll, S. 125.

11 - Hermann, S. 54.

12 - Hartmann: Die DDR unterm Lügenberg. Hannover, Ossietzky, S. 44.



der Schwerindustrie der Vorrang gegeben wurde. Was sich aber 1953 umdrehen sollte.¹¹

Ergebnis des wirtschaftlichen Aufschwungs: 1950 ökonomisches Vorkriegsniveau erreicht, 1955 verdoppelt, 1989 verdreizehnfacht.¹²

Embargo-Politik des Westens

Früher noch als einheitlicher Wirtschaftsraum, gilt nun mit der Trennung in östliche und westliche Besatzungszonen der innerdeutsche Warenverkehr als Handel. Dieser betrug 1950 nur 10 % des Vorkriegsstandes. Ein Großteil des Rückgangs des Warenaustausches geht auf das Embargo des Westens zurück. Mit der Zurückhaltung wichtiger Güter und Produkte sowie spezieller Rohstoffe sollte der wirtschaftliche Aufbau im Osten (nicht nur in der DDR!) systematisch gebremst werden. Dazu wurde CoCom, die Coordinating Committee for East-West-Trade-Policy, gegründet. Sie regelte den Handel mit den RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)-Staaten und überprüfte das Handelsverbot auf dem Gebiet von Waffen, Rüstung, Hochtechnologie, Mikro- und Computerelektronik.

Zu dieser Politik des wirtschaftlichen Embargos gehört auch die gezielte Anwerbung von Fachkräften durch den Westen, bzw. die Lockungen, denen so mancher DDR-Bürger nicht widerstehen konnte. Zwischen 1946 und 1989 sind 2 Mio¹³ abgewandert, das bedeutet einen Bevölkerungsrückgang von 12 %. Unter diesen „Flüchtlinge“ war ein großer Anteil unter 25 Jahren, was sich negativ auf die jung-alt-Verteilung auswirkte. Im Wirtschaftsvergleich wiegt diese Abwanderung noch stärker, denn ein Flüchtling bedeutet eine Person weniger in der DDR plus einer mehr in der BRD! Vor allem handelte es sich häufig um gut ausgebildete Ingenieure, Ärzte, deren Ausbildung in der DDR finanziert wurde. In der DDR wurde planmäßig der Aufbau von Wissenschaft und Forschung betrieben, um einen unmittelbaren Nutzen für die Volkswirtschaft daraus ziehen zu können. Unter der Losung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ wurde die Wissenschaft als direkte Produktivkraft in die produktionsorientierte und plankonforme Wissenschaft eingebunden. 1951 gab es 21 Universitäten und Hochschulen mit 4631 Absolventen, d.h. 17,2% der Bevölkerung studierten im Hochschul-, Abend- oder

Fernstudium. 1955 – waren es bereits 46 Universitäten und Hochschulen mit 7.564 Absolventen, d.h. 41,7% studierten in irgendeiner Form.¹⁴

Die gegenläufige Abwanderung von der BRD in die DDR betrug übrigens 0,6 Mio im gleichen Zeitraum. Also kam für sieben Abwanderer ein neuer.

Wirtschaftliches Zurückbleiben historisch bedingt

An der DDR wird kein gutes Haar gelassen. Die Gerüchte vom Bankrott der DDR und von der Unprofitabilität der DDR – nein gleich der ganzen Planwirtschaft, halten sich hartnäckig. Und dennoch sagt jeder bürgerliche Ökonom, dass auf deutschem Boden kein ökonomischer Vergleich der beiden Systeme wegen wesentlicher Schlechterstellung der SBZ stattgefunden hat. Wegen Reparationen, mangelnden Rohstoffen, mangelnder Akkumulation, Arbeitskraftflucht, keine Kapitalhilfe aus dem Ausland, standortungünstig hatte die DDR nicht die gleichen Bedingungen wie die BRD.¹⁵

Lisa

13 - Bevölkerung der DDR: 1946: 18,488 Mio. 1989: 16,434 Mio.

14 - Bröll, S. 131f., bzw Tabellen S. 160, 161

15 - Bröll, Werner: „Das sozialistische Wirtschaftssystem“. In: Rausch, Heinz u.a.: DDR- Das politische, wirtschaftliche und soziale System. München: 1974, S. 123.

„Herrenzeit aus“

Zur Bodenreform

In der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands, wurde im Herbst 1945 die demokratische Bodenreform durchgeführt. Sämtlicher Landbesitz über 100 Hektar, so wie sämtlicher Landbesitz aktiver Naziverbrecher, wurden entschädigungslos enteignet.

Circa zwei Drittel dieses Landes wurden an 200 000 Neubauern und 125 000 landarme Bauern verteilt, welche je eine Landfläche von 5-10 Hektar, nebst Inventar zugesprochen bekamen. Die Neubauern, waren oft Landarbeiter oder Umsiedler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die oft nur wenig Erfahrung mit der eigenständigen Leitung eines Hofes hatten.

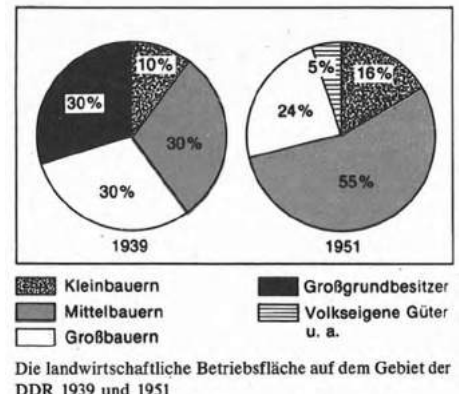
Anfangs konnte nur mit Maschinen aus der Sowjetunion der Wiederaufbau der Landwirtschaft durchgeführt werden.

Das letzte Drittel des Bodenfonds wurde dem VdgB (Verein der gegenseitigen Bauernhilfe) übergeben und in Volkseigene Güter überführt. Auf einem Teil dieser

Fläche entstanden einige Jahre später die MAS (Maschinen-Ausleih-Stationen), welche auch Klein- und Mittelbauern Zugang zu solchen Maschinen ermöglichte, die sie alleine nie hätten voll ausnutzen können.

Diese Bodenreform stärkte die Stellung der Klein- und Mittelbauern auf dem Lande, und beendete die Vorherrschaft der Junker und Großgrundbesitzer, welche eine der Hauptstützen des Naziregimes bildeten.

Außerdem sicherte sie tausenden von Menschen eine Existenz und den Wiederaufbau der im Krieg vernachlässigten Landwirtschaft. Die Landreform war tatsächlich die einzige Möglichkeit schnell die alten Machtstrukturen auf dem Lande aufzubrechen, es war der logische erste Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung der Dörfer.



Eine der ersten Maßnahmen der Regierung Kohl nach 1990 war es, die Ergebnisse der Bodenreform rückgängig zu machen.

Nico



„Herrenzeit aus“ und „Freier Bauer auf freier Scholle“

Entnazifizierung in der SBZ/DDR

Am 2. August 1945, also knapp drei Monate nach Zerschlagung des Dritten Reichs und dem Sieg der Alliierten über den Hitlerfaschismus, beschlossen die Regierungen der Alliierten (US, UK, USSR, F) das „Potsdamer Abkommen“ und damit, neben der Teilung des deutschen Gebiets in vier Besatzungszonen - wobei Deutschland wirtschaftlich eine Einheit bleiben sollte- die vier grundlegenden Ziele Denazifizierung, Demilitarisierung, Demonopolisierung und Demokratisierung des Staatsapparats, der Wirtschaft und der Bevölkerung. Die SBZ war bereits 1945 vom Anspruch zur Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft geprägt. Schnell wurden auch unter der Bevölkerung Parolen wie „Nie wieder Faschismus“ und „Nie wieder Krieg“ laut. Doch was wurde aus all den Nazis? Inwieweit war es möglich, eine antifaschistisch-demokratische Gesellschaft aufzubauen, wenn die Verfechter dieser wenige Jahre zuvor verfolgt und in den Konzentrationslagern ermordet wurden, also die Mehrheit der Verbliebenen überzeugte Faschisten, Mitläufer oder zumindest stille Dulder waren?



Einteilung der Schuld

Zunächst beschlossen die Alliierten eine Einteilung der Schuldigen in fünf Kategorien.

1. Hauptschuldige
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)
3. Minderbelastete

4. Mitläufer
5. Entlastete

Diese Einteilung war zonenübergreifend. Sie stellte eine grobe Richtlinie im Umgang mit den betroffenen Personen dar, vor allem in Bezug auf das Strafmaß. Personen, die in die erste Kategorie fielen, mussten sich in gesonderten Kriegsverbrecherprozessen verantworten, während Angehörige der anderen vier Kategorien für die eigentlichen Denazifizierungsmaßnahmen in Frage kamen. Nach Abschnitt 3 des Potsdamer Abkommens sind Personen, welche höhere Positionen innehatten und nicht lediglich nominelle Mitglieder der NSDAP und ihr angeschlossenen Organisationen (z.B. SA, SS, SD, HJ, BDM) waren, von ihren Posten im öffentlichen und halböffentlichen Dienst zu entfernen. Abgesehen von den Entlassungen aus ihren Ämtern konnten die Betroffenen auch zu Arbeits-, Sach- und Geldleistungen sowie Kürzungen der Versorgungsbezüge verurteilt werden. Des Weiteren konnten Bürgerrechte, wie beispielsweise das Wahlrecht, entzogen werden. Natürlich wurden unbelastete Personen, soweit dies nachzuweisen war, bei der Positionsvergabe bevorzugt.

Entnazifizierungskommissionen

Zum Zweck der Zuteilung wurde eine Entnazifizierungskommission einberufen, bestehend aus antifaschistischen Vertretern von Parteien, Gewerkschaften, der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, den Frauen- und Jugendausschüssen sowie der Industrie- und Handelskammer. Bei der Verteilung wichtiger Ämter im Verwaltungs- bzw.



Den Nazis wird der Prozess gemacht. Zuhörerraum während der Verhandlung vom 20. Juni 1950 im Rathaussaal Waldheim/Sachsen. Ehrengast war die Vizepräsidentin des Obersten Gerichts, Frau Hilde Benjamin (vorne, Mitte)

Erziehungswesen wurde genauer auf die individuellen Biografien geachtet und versucht, diese möglichst mit vertrauenswürdigen Antifaschisten zu besetzen, auch wenn dies zu Lasten der Kompetenz ging. Für weniger sensible Positionen konnten auch belastete und weniger vertrauenswürdige Personen in Betracht kommen.

So lebten beispielsweise nach dem Krieg 39.348 Lehrer in der SBZ, von denen 28.719 aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP vom Schuldienst suspendiert wurden. Dieser Umstand führte zu einem gravierenden Mangel an Lehrkräften, welcher durch Ausbildung sogenannter Neulehrer überwunden werden sollte. Hierbei wurde weniger auf pädagogische Fähigkeiten als auf fachliche Kompetenzen und vor allem antifaschistische Einstellung geachtet. Bereits 1947 unterrichteten schon 40.000 neu ausgebildete Lehrer. Bis zum März 1948 wurden insgesamt ungefähr 521.000 Personen ihrer Posten enthoben.

Rehabilitierung

Mit dem Befehl Nr. 35 der Sowjetischen Militäradministration vom 26. Februar 1948 galten die Entnazifizierungsmaßnahmen als offiziell abgeschlossen. Daraufhin bestand in der provisorischen Volkskammer Einigkeit darüber, den Personen, die auf Grund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP als belastet galten, ihre bürgerlichen Rechte wieder zu gewähren, sofern sie sich um den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung verdient gemacht hatten. Durch diesen Umstand durften ehemalige NSDAP Mitglieder – jetzt als Mitglied einer Blockpartei – wieder am öffentlich-demokratischen

Leben teilhaben. Jedoch blieben sensible Bereiche wie die innere Verwaltung und die Justiz weiterhin, gänzlich unbelasteten Personen vorbehalten, um die innere Stabilität und die Wahrung der Demokratie zu gewährleisten.

Fazit: Sozialismus als Garantie für den dauerhaften Antifaschismus

Der Sieg der Roten Armee und damit die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparats, war notwendige Bedingung zur Schaffung eines neuen Staates. Anschließend konnten erste Maßnahmen der Entnazifizierung aufgenommen werden, nämlich die Neubesetzung wichtiger Ämter und Lehrerstellen. Um nachhaltig den Nazismus zu bekämpfen, darf jedoch nicht vergessen werden, dass dieser die Ideologie der ehemals Herrschenden gewesen ist und damit ihr Werkzeug blieb um zu altem Besitz und Einfluss zurück zu gelangen. Es bedarf nicht nur einer Neubesetzung der Posten, sondern eine komplette Wandlung ihrer Einstellung oder zumindest strikter Regelungen. Nicht länger sollte der Großteil der Menschen unterdrückt und in Schach gehalten werden, sondern genau die, deren Herrschaftsform in letzter Konsequenz eben der Faschismus ist - sprich: Die Bourgeoisie. Das bedeutet, dass um eine tatsächliche, die ganze Gesellschaft betreffende Entnazifizierung umzusetzen, es einer grundlegenden Änderung der ökonomischen Verhältnisse, eines Klassenkampfes benötigt. Nicht nur „ein bisschen“ oder „bis es vorbei ist“, sondern ständig und dauerhaft.

Daniel & Stas



Nazi Lehrer raus - Neue her!

Im Faschismus waren ca. 70% der Lehrer auch NSDAP Mitglieder, 97% waren im Nationalsozialistischen Lehrerbund organisiert. Sie waren verantwortlich für den Drill der Kinder mit der faschistischen Rassenlehre und für den Krieg. Ihre „Erziehung“ hatte als Ziel die Jugend zu Müttern vieler deutscher Kinder und als Soldat bzw. als Besatzer auszubilden.

Wie soll man mit diesen Lehrern einen antifaschistischen Neuaufbau durchführen, der genau dieses Denken mit Stumpf und Stiel ausrotten will?

Es sollten aktive Parteimitglieder der NSDAP ausgeschlossen und durch 1933 entlassene Lehrer bzw. durch „qualifizierte antifaschistische Werkkräfte, die pädagogische Fähigkeiten haben, als Hilfslehrer“ ersetzt werden. Ein 3-monatiger Kurs sollte für alle Lehrerkandidaten verpflichtend sein.

Die ersten Vorstellungen über diese Umgestaltung wurde schon von deutschen Emigranten im Exil in der Sowjetunion, Großbritannien und den USA gemacht. Auch im KZ Buchenwald gründete das illegale Volksfrontkomitee für eine „Reform des Erziehungswesens an Haupt und Gliedern“ eine Erziehungskommission. In der Sowjetunion sprach das Nationalkomitee Freies Deutschland kriegsgefangene Lehrer an und versuchte sie zu gewinnen.

Im Potsdamer Abkommen wurde 1945 dann festgelegt: „Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, dass die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“

In der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) wurde die Umsetzung dieser Beschlüsse von der Sowjetischen Militäradministration überwacht, diese nahm die Neuorganisation des Schulwesens sehr ernst.



Bis November 1945 wurden in der SBZ 11 369 Lehrer vom Schuldienst ausgeschlossen. Viele gingen auch gleich in den Westen, wo sie als Nazi-Lehrer nichts zu befürchten brauchten. Der Anteil an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern lag aber immer noch bei 46%. Es war also zunächst erstmal schwierig überhaupt genügend geeignete Menschen für den Neuaufbau der Schule zu gewinnen. Es gab ja schließlich auch in anderen Bereichen Personalmangel.

Trotzdem konnten für das Schuljahr 1946/47 25 000 in 8-Monatskursen ausgebildete, 8 000 in 2-Monatskursen ausgebildete und 10 000 Lehrer ohne pädagogische Vorbildung gewonnen werden. Also insgesamt 43 000 Neulehrer. Die Lehrerschaft wurde auf einmal deutlich verjüngt. Noch 1945 waren 7 von 10 Lehrern über 50 Jahre und die Neulehrer meist Mitte 20. Die Säuberung der Grundschullehrer und Berufsschullehrer war erfolgreich (1949 waren 71,8% der Grundschullehrer, 64,4% der Berufsschullehrer Neulehrer). Eher zögerlich gestaltete sich der Austausch der Lehrerschaft an den Oberschulen (1949 dort nur 39% Neulehrer). Dies änderte sich erst, als die ersten nach 1945 ausgebildeten Junglehrer an den Oberschulen angingen.

Anita

„Ruf an die Jugend“

So beginnt der Aufruf des antifaschistischen Jugendausschusses der Stadtverwaltung Dresden vom 23. Juli 1945.

Die Jugend befand sich zu dieser Zeit in einer desolaten Situation. Sie war aufgewachsen mit der faschistischen, militaristischen Ideologie. Junge Männer gab es kaum mehr. Sie waren im Krieg gefallen oder in Kriegsgefangenschaft. 75% der Jugendlichen in der Sowjetisch besetzten

es, eine einheitliche, freie, demokratische, antifaschistische Jugendorganisation zu schaffen. Die junge Generation sollte nicht verurteilt werden, sondern man wollte sie zur aktiven Teilnahme am Neuaufbau gewinnen.

Den Anfang machte Berlin. Dort wurden die ersten antifaschistischen Jugendausschüsse in verschiedenen Stadtteilen gegründet. Diese Jugendzentren waren offen für

aufgebaut. Sie dienten als Treffpunkt für Vorträge von Antifaschisten, Diskussionen und Freizeitgestaltung. Die Diskussion mit Jugendlichen, die in der faschistischen HJ (Hitlerjugend) und dem BDM (Bund deutscher Mädel) gewesen waren, wurde gesucht. Erste Sportveranstaltungen wurden organisiert. All das förderte ein neues Lebensgefühl – gegen Resignation und Apathie. Außer den antifaschistischen Jugendkomitees wurden alle anderen Jugendorganisationen von der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) verboten. Auf diesen Vertrauenszuspruch hin bildeten sie sich jetzt auch in zahlreichen anderen Städten.

Im Sommer 1945 wurden auch erste Kindergruppen gegründet und Ferienlager besonders für elternlose Kinder durchgeführt. Von September bis Oktober 1945 wurden Landesjugendausschüsse und ein zentraler Jugendausschuss gegründet. Als das neue Schuljahr im Oktober begann und neue unbelastete Lehrer gesucht wurden, stellten die Jugendlichen der antifaschistischen Jugendausschüsse oft die Neulehrer.



Zone (SBZ) waren Mädchen oder junge Frauen. Sie hungerten, waren unterernährt. Sie hatten keinen Wohnraum, jede dritte Wohnung war zerstört. Sie waren krank, Tuberkulose war eine der häufigsten Todesursachen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren. Der Großteil der Jugend reagierte mit Resignation und Apathie. Kurz, ihr materieller und geistiger Zustand war katastrophal.

Diesbezüglich heißt es in dem Dresdner Aufruf an die Jugend zum antifaschistischen Neuaufbau: „Wenn wir zu Freiheit und Wohlstand kommen wollen, müssen wir die Schuttberge der vergangenen Zeit hinwegräumen. Die Schuttberge, die in den Hirnen eines großen Teiles der deutschen Jugend liegen, und die Schuttberge, die in unseren Städten, Dörfern und Straßen liegen.“

Die ersten Überlegungen, wie man die Jugend für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn gewinnen kann, kamen von Kommunisten und im Kampf erfahrenen Antifaschisten. Im Kampf gegen den Faschismus hatten sie gelernt, dass nur eine einigete Jugend siegen kann. Ziel war

alle Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und weltanschaulichen Herkunft. Am 20. Juni 1945 wurde der Hauptjugendausschuss beim Volksbildungsamt des Magistrats von Groß-Berlin gegründet.

Darin befanden sich Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Parteilose usw.

Leitung war Heinz Keßler. Einen Monat später fand die erste antifaschistische Jugendkundgebung in Berlin statt. Sie forderte alle demokratischen fortschrittlichen Kräfte auf, gemeinsam beim Neuaufbau aktiv zu werden. Es gab bereits 21 dieser Jugendkomitees in Berlin. Von diesen ging die Initiative aus, die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Sie organisierten Trümmerbeseitigungen, Wiederinstandsetzung von Verkehr und der Versorgung mit Wasser, Strom und Gas. Und sie halfen bei der Ernte. Über 100 Jugendzimmer und Jugendheime wurden



Es gab zu dieser Zeit aber auch immer wieder Angriffe von Faschisten in Form von Brandstiftungen.

Der Antifaschist Günther Mayer wurde in Zeitz sogar ermordet.

Von Dezember bis Februar 1945 fanden viele Delegiertenkonferenzen der Jugendausschüsse statt, auf denen ein einheitlicher demokratischer Jugendverband gefordert wurde. In einzelnen Betrieben und Stadtteilen gab es auch schon Jugendgruppen, die sich „Freie Deutsche Jugend“ nannten.

Blaue Teufel

In Zeiten des Aufbaus - Jugend voran!
1949 fanden in der DDR zwei zentrale Jugendobjekte statt: „Max braucht Wasser“ und der Bau der Talsperre Sosa.

Die „Teufel im Blauhemd“ wurden sie von der Kirche genannt: Die Teufel, das waren Jugendliche, voller Tatendrang und Energie, ein neues Deutschland, ein friedliches Deutschland aufzubauen. Diese „Teufel“ bauten innerhalb von 90 Tagen eine 6 km lange Brauchwasserleitung

denkbar in einem kapitalistischen Land, aber eine Möglichkeit in einem Land, das sich zum Ziel setzte, eine demokratische, antifaschistische U m w ä l z u n g zu vollführen, damit niemals



von der Saale zur Maxhütte Unterwellenborn („Max braucht Wasser“) und unterstützten den Bau der Talsperre von Sosa, die „Talsperre des Friedens“.

Schwerste körperliche Arbeit, geringe technische Ausstattung, Kälte und wenig Essen und dennoch hofften die Jugendlichen, auch über den Winter weiterbauen zu dürfen: Die Solidarität, das kollektive Arbeiten, das Lernen und kulturelle Leben in jeder freien Minute und das Wissen um die Notwendigkeit der Bauten für die Zukunft des Landes überwogen! Es war ein „Abenteuer zum Nutzen der Gesellschaft“ (Walter Kube, Mitglied der Brigade der Zimmerleute in Sosa) - nicht



mehr von deutschem Boden aus Krieg ausgeht: Viel musste improvisiert werden, vieles war sicherlich nicht perfekt, aber durchzogen von dem Gedanken:

Weg mit dem Staat der Faschisten, wir brauchen etwas grundlegend Neues - auf Altes lassen wir uns nicht ein! In der BRD gab es keine Jugendobjekte, stattdessen bereits 1949 noch immer Unterricht von Nazis... Wir können nur lernen von den Erfahrungen der „blauen Teufel“ - Zeitzeugen treffen und Besichtigung der Bauten soll daher Bestandteil der nächsten „Roten Wochenenden“ sein!

Anna

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen¹

Die deutsche Arbeiterklasse und die demokratischen Teile des Volkes waren nicht in der Lage den Machtantritt der Nazibarbarei zu verhindern. 1935 hielt die KPD, auf ihrer Brüsseler Parteikonferenz, im Exil, fest:

„Der VII. Weltkongress (Anm.: der kommunistischen Internationale) stellte der Kommunistischen Partei Deutschlands als zentrale Aufgabe der nächsten Zukunft: die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz.“²

Trotz mehrfacher Versuche die so notwendige Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern herzustellen, gelang es nicht der Hitlerdiktatur die geballte Faust der Werktätigen entgegenszuschleudern.³

1945, Deutschland und Europa war indes von den Mächten der Anti-Hitler-Koalition befreit worden, war es Zeit Schlussfolgerungen aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen. Und diesen Taten folgen zu lassen. Die SPD im Land Sachsen wandte sich in der ersten Nummer ihrer Zeitung an die sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiter: „Furchtbar war die Lehre, die in den verflossenen Jahren erteilt wurde. Geschichte ist der beste Lehrmeister. Wir haben alle gelernt aus der grauenvollen Vergangenheit. Eines weiß heute die Arbeiterklasse aller Richtungen: Ohne die Zersplitterung der Arbeiterklasse hätte es nie ein Hitlerregime mit seinen fürchterlichen Folgen gegeben.“⁴ Wenig später stellte

der Parteitag der sächsischen SPD, unter großem Beifall der Delegierten, fest: „Wir stimmen überein, dass auf den Schultern der Arbeiterklasse die Hauptverantwortung und Hauptlast des Neuaufbau unseres Staates und unserer Nation liegt und dass für den Antibolschewismus in unseren Reihen kein Platz ist.“⁵ Der Parteitag nahm daraufhin folgende Entschließung an:



„Der Parteitag (...) begrüßt die Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien und verlangt insbesondere eine vom gegenseitigen Vertrauen getragene Zusammenarbeit mit der KPD, deren Ziel die politische Einheit der Arbeiterklasse und die sozialistische Ordnung der Gesellschaft ist.“⁶

Andere Landesverbände der SPD gaben ähnliche Erklärungen ab. Es waren die

Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, die sich an die Aufbauarbeit in der SBZ machten. Die gemeinsame Erfahrung, Hitler nicht die Stirn geboten zu haben, der Kampf um ein neues Leben, das nach Faschismus und Krieg aus Ruinen auferstehen sollte, schaffte die Grundlage für die Einheit der Arbeiterklasse und ebnete den Weg für die Überwindung der Spaltung der Arbeiterparteien.

Nicht nur im Osten Deutschlands zogen Mitglieder der KPD und der SPD, die Schlussfolgerung dass es nun an der Zeit sein müsste, die Spaltung zu überwinden. So heißt es z.B. in einer gemeinsamen Erklärung der KPD und SPD Bayerns über die Bildung einer Aktionsgemeinschaft: „Die Arbeiterparteien fühlen ihre Verpflichtung gegenüber Tausenden heroischen Anhängern der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei, gegenüber den Gewerkschaften und den Kulturschaffenden, aber auch gegenüber den Antifaschisten anderer Parteien und den Parteilosen, die in unermüdlichem illegalen Kampf gegen die Hitlerdiktatur ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Gesundheit eingesetzt und geopfert haben. Ihr Opfer hat uns das Gebot zum Zusammenstehen, zum einheitlichen Handeln auferlegt. (...)“⁷

In Frankfurt am Main entstand am 3. Oktober 1945 ein Arbeitsausschuss von Sozialdemokraten und Kommunisten, und am 1. Oktober 1945 rief der Einheitsausschuss von SPD und KPD in Wiesbaden zur Vereinigung beider Parteien auf.

Die westlichen Besatzungsmächte hatten aber, anders als die Sowjetunion, kein Interesse an einer Einheit der Arbeiterklasse und einer breiten antifaschistischen Volksbewegung. Die Einheitsbestrebungen wurden hier von Anfang an be- und letztlich verhindert.⁸

1 - Erste Strophe eines Arbeiterliedes:
Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner weh'n.
Es gilt, die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Freiheit Aufersteh'n!
Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben!
(..)

2 - Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitlerdiktatur! (Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD), 1935 in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Dietz Verlag, Berlin 1965

3 - Hierbei spielen sicherlich auch Fehler der Politik der KPD eine Rolle. Um diese historisch und politisch richtig einzuordnen reicht der Platz hier nicht aus. Deshalb soll darauf hier nicht näher eingegangen werden.

4 - Landesparteitag der SPD 1945 in: Otto Buchwitz, Brüder in eins nun die Hände, Dietz Verlag Berlin, 1956

5 - s.O Fn.4

6 - s.O Fn.4

7 - Vereinbarung zwischen Vertretern der KPD und der SPD Bayerns in München über die Bildung einer Aktionsgemeinschaft vom 8. August 1945, in: Dokumente der KPD, 1945-1956, Dietz Verlag Berlin 1965



Willige Helfer erhielten sie dabei durch sozialdemokratische Führer wie Kurt Schuhmacher. Während die KPD in ihrer Erklärung vom 11. Juni 1945 zutreffend feststellte, dass es „den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen“ in Deutschland widerspräche, sofort den Sozialismus einzuführen und die dringendste Aufgabe zunächst in der Errichtung eines „antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Freiheiten für das Volk“ besteht⁸, bemühte sich die SPD-Führung die KPD mit „linken Phrasen“ zu übertreffen. Kurt Schuhmacher erklärte, mit der Formel „Sozialismus als Tagesaufgabe“ die „Überführung der Produktionsmittel in die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit“ sowie eine „radikale Bodenreform“ als nächste Ziele der SPD.¹⁰ Umgesetzt davon wurde nichts! Selbst nicht als die SPD in der Nachkriegs-Bundesrepublik regierte!

Einheitspartei Deutschlands (SED) war ein großer historischer Fortschritt der Arbeiterklasse hin zu einem Deutschland für das gilt: „Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen! (...) Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung. Das schaffende Volk muss daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen. (...) Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel:

Anders als in den Westzonen wurde in der SBZ das Zusammenwirken beider Parteien von Anfang an gefördert und begrüßt. Auch wenn es auf beiden Seiten Vorbehalte gegen ein Zusammengehen beider Parteien gab, so blieben doch diejenigen die sich der historischen Lehre der Einheit widersetzen in der Minderheit.

Nach breiter Diskussion und Beschlüssen der Parteien auf Landesebene, versammelten sich am 21. und 22. April 1946 Delegierte von SPD und KPD zu einem gemeinsamen Parteitag und beschlossen die Vereinigung beider Parteien.

Die Geburt der Sozialistischen

den Sozialismus. Ihr gehört daher im Bund mit den Werktätigen die Zukunft.“¹¹

Die Gründung der SED war ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Leider wird diese Errungenschaft heute nur allzu oft mit der Ideologie des annektierenden Staates umgedeutet. Selbst Leute die sich „Sozialisten“ nennen gehen der Lüge von der „Zwangsvereinigung“ durch sowjetischen Druck auf den Leim. Wie dumm und bar jeglicher geschichtlicher Tatsachen das ist, fällt vielen nicht auf. Aber wer die DDR unter einem Lügenberg zu ersticken versucht, der schert sich eben nicht um die Wahrheit! Friedrich Wolff, der als Rechtsanwalt Erich Honecker und andere die in der DDR politische Verantwortung trugen, vor den Gerichten der westdeutschen Annektierer verteidigte, bringt es auf den Punkt wieso im Bezug auf die DDR die „Lügenkrankheit“¹² umgeht: „Sie fürchten, dass das Ende der Geschichte doch nicht gekommen ist, dass der Sozialismus wieder kommt. Wäre der Sozialismus wirklich gescheitert, würde nicht soviel Kraft, Geld und Personal darauf verwendet werden, ihn „aufzuarbeiten“ d.h. tot zu reden.“¹³ Lasst es uns deutlich sagen: Ihr fürchtet euch zu Recht! Der Sozialismus wird wieder kommen!

Marius



8 - Historische Kommission der PDS, Neues Deutschland vom 18. Dezember 1995

9 - Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, in: Dokumente der KPD 1945-1956, Dietz Verlag Berlin 1965

10 - Ulla Plener: Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1999

11 - Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Dietz Verlag Berlin 1965

12 - Ralph Hartmann: Die DDR unterm Lügenberg, edition ost 2010

13 s.o Fn. 12

Volks - kongress

Die Sowjetunion war bestrebt den fortschrittlichen Kräften des deutschen Volkes politische Verantwortung zu übergeben, weshalb schon mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD am 10. Juni 1945 die KPD und SPD wieder zugelassen wurden. Auch die CDU und die LDPD wurden als bürgerlich-demokratische Parteien am 26. Juni und am 5. Juli 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone gegründet. Auf Initiative von KPD und SPD wurde am

14. Juli 1945 der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebildet, dem auch beide bürgerlichen Parteien beitraten. Dieser Block aus dem später die Nationale Front des demokratischen Deutschlands hervorging, vertrat ebenso wie die Sowjetregierung die Auffassung, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe und deshalb ein blockfreies einheitliches Deutschland auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage zu schaffen sei. Als das deutsche Monopolkapital gestützt durch die USA, Großbritannien und Frankreich einen westdeutschen Separatstaat vorbereitete, bereiteten die Parteien und Organisationen des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen wie auch die KPD und der fortschrittliche Teil der SPD und der bürgerlichen und parteilosen Antifaschisten aus den Westzonen einen Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden vor.

Konkrete Schritte des durch die Befreiung vom Faschismus geschwächten deutschen Imperialismus, der die Spaltung Deutschlands vorbereitete, war die Gründung der Bi-Zone mit ihrem eigenen Bi-Zonenwirtschaftsrat am 01.01.1947, welchem Vertreter des deutschen Monopolkapitals vorstanden. Auf diesen bis dahin schwersten Bruch des Potsdamer Abkommens folgte am 16.11.1947 von der SED der „Aufruf zu einem deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“. Der I. Deutsche



Volkskongress fand daraufhin mit 2.215 Delegierten, davon mehr als 650 aus den Westzonen in Berlin statt. Dieser forderte die Bildung einer zentralen deutschen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages. Dem entgegneten die reaktionären Kräfte mit einer Konferenz der Westalliierten in London, welche vom 23.02. bis zum 02.06.1948 tagte und einem westdeutschen Separatstaat durch die Londoner Empfehlungen den Weg ebnete, welche die Bildung eines nichtgewählten Parlamentarischen Rates vorsah, dessen Aufgabe darin bestand ein westdeutsches Grundgesetz auszuarbeiten und damit die Spaltung Deutschlands zu vollenden. Unter dieser Entwicklung fand am 17./18.03.1948 in Berlin der II. Deutsche Volkskongress statt, welcher die Verstärkung des Kampfes für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt forderte und den I. Deutschen Volksrat als leitendes Organ zwischen den Kongressen wählte, dem Wilhelm Pieck (SED), Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Külz (LDPD) als Vorsitzende des Präsidiums angehörten. Dieser II. Volkskongress bereitete im Mai/Juni 1948 ein Volksbegehren über die Einheit Deutschlands vor, an dem 14,766 Mio. Menschen teilnahmen, davon 1,5 Mio. aus den Westzonen - trotz massiver Behinderung durch die Behörden. Nach dem erneuten Bruch des Potsdamer Abkommens am 20.06.1948 durch eine einseitige Währungsreform in den Westzonen, die am 23.06.1948 auch

auf die Westsektoren Berlins, welche Teil der Sowjetischen Besatzungszone waren, ausgedehnt wurde und die Umwandlung der Bi-Zone zur Tri-Zone am 06.08.1948, wurde der demokratisch gewählte Senat Berlins gespalten. Aber erst nachdem der Parlamentarische Rat am 23. Mai 1949 das Grundgesetz der BRD verabschiedete, fand sich am 29./30.03.1949 der demokratisch gewählte III. Deutsche Volkskongress in Berlin zusammen. Dieser beschloss die Annahme des Verfassungsentwurfes für eine deutsche demokratische Republik mit nur einer Gegenstimme und die Neuwahl des Deutschen Volksrates. Auf der 9. Tagung dieses Volksrates am 07. Oktober 1949 konstituierte sich dieser zur provisorischen Volkskammer der DDR und verkündete feierlich die erste demokratisch zustande gekommene und im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft stehende Verfassung der DDR. Damit hatte die Volkskongressbewegung einen entscheidenden Sieg gegenüber dem deutschen Imperialismus errungen, auch wenn der Kampf gegen den Imperialismus bald darauf mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD weiterging. Die Behinderung dieser fortschrittlichen Kräfte im Westen kommt durch das Verbot der FDJ von 1951 und das Verbot der KPD von 1956 zum Ausdruck, in dem die Reaktion auf ihre Mittel zurückgriff, welche sie schon im Hitlerfaschismus einsetzte.

Eisenhüttenstadt

„Jeder kapitalistische Krieg ist ein Verbrechen gegen das Proletariat, und etwas anderes kann er auch nicht sein. Deshalb muss das Proletariat aller Länder begreifen, dass wenn es sich selbst erhalten will, als die Kraft die alle Werte schafft, nur ein einziger Krieg für seine Klasse historisch unvermeidlich ist – der Krieg gegen den Kapitalismus.“¹ - Maxim Gorki

Nicht nur um den Krieg gegen den Kapitalismus zu gewinnen, sondern auch um die Errungenschaften der antifaschistischen Demokratie weiter auszubauen und zu festigen, stand die Jugend, standen die Arbeiterinnen und Arbeiter vor einer schweren Aufgabe. Zur Erzeugung der Güter die die alltäglichen Lebensbedürfnisse der Menschen befriedigen, braucht man vor allem aber eines: Eine hochentwickelte Industrie. Braucht man Stahl. Durch die Spaltung Deutschlands wurde die SBZ und die spätere DDR von den Rohstoffquellen des Ruhrgebietes abgeschnitten. Die wichtigsten Grundrohstoffe zur Stahlerzeugung, Steinkohle und Eisenerz, waren im Osten kaum vorhanden. Erschwerend kam hinzu, dass die wenigen stahlproduzierenden Betriebe die es gab, größten Teils als Reparationszahlungen für die barbarischen Verbrechen des deutschen Faschismus, demontiert wurden.

Sollte also die Wirtschaft im Osten Deutschlands nicht vollständig zum Erliegen kommen, war man auf Handel mit den westdeutschen Kapitalisten angewiesen.

Aber genau das wollten diese doch. Sie wollten doch um jeden Preis, dass die Arbeiterklasse die erkämpfte Macht wieder verliert. Dass die begonnene Demokratisierung der Gesellschaft wieder zunichte gemacht wird! Nicht Neuaufbau und Neubeginn im Interesse des Volkes war das Programm des westdeutschen Großkapitals, sondern die Wiederherstellung der alten politischen und wirtschaftlichen Ordnung in der die Konzernherren und Banken das Sagen haben. Und zwar in ganz Deutschland!

Um das zu erreichen, brachen sie die Vereinbarungen aus dem Ruhrgebiet Stahl in den Osten zu liefern. Denn ohne Stahl, keine Fabriken, ohne Fabriken keine Maschinen, ohne Maschinen keine Konsumgüter, keine Lebensmittel, keine Gesundheitsversorgung, keine Kultur usw. Sie wollten die Menschen quasi „aushungern“ um Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu schüren. Kurzum, es ging um alles oder nichts. Der Aufbau einer eigenen stahlerzeugenden Industrie war zu einer Überlebensfrage für die junge DDR geworden.

„Stahl – Brot – Frieden“

Denkbare Standorte für die Errichtung eines Stahlwerkes gab es mehrere. Es sollte nur möglichst weit weg von der Grenze zur BRD und damit dem Einflussbereich der Nato sein, um vor Versuchen die Produktion und den Aufbau des Werkes zu stören, sicher zu sein. Aus diesem Grund entschied man sich für den kleinen Ort Fürstenberg an der Oder, in der Nähe zur polnischen Grenze.

Die Absicherung des Bauvorhabens und der späteren Produktion waren aber nicht die einzigen Gründe die zu dieser Entscheidung veranlassten. Durch den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag von 1950 verpflichtete sich die DDR zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen und beide Völker wollten von nun an friedlich zusammenleben und arbeiten. Und das trotz der enormen Verbrechen die Deutsche während des Krieges in Polen begangen hatten. Die BRD erkannte diese Grenze übrigens damals nicht an. Ja nicht einmal diplomatische Beziehungen war sie bereit aufzunehmen. Neben der DDR wollte sie sich wieder Teile Polens einverleiben. „Das Land östlich der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland“². So ihr damaliger Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Der Aufbau des ersten Eisenhüttenwerkes der DDR stand unter dem Zeichen der friedlichen und solidarischen Zusammenarbeit mit den Völkern, denen noch vor kurzem unfassbares Leid von Deutschen zugefügt wurde. Die Rohstoffe für die Stahlerzeugung kamen aus der Sowjetunion und Polen.

Das geht doch nicht. Doch es geht!

Als 1950 der Bau des Eisenhüttenkombinats und einer komplett neuen Stadt - die sich in vielem von den alten Städten die es bis dahin in Deutschland gab - unterscheiden sollte, beschlossen wurde, glaubten viele, dass so etwas doch gar nicht möglich sei. Doch der zunächst kühn klingende Plan wurde Realität. „Die Erbauer des Werkes und der mit ihm entstehenden ersten sozialistischen Stadt Deutschlands, zu einem großen Teil junge Menschen, die wenigsten von ihnen Facharbeiter, nahmen viele Entbehrungen auf sich und mussten große Schwierigkeiten überwinden. Es fehlte an



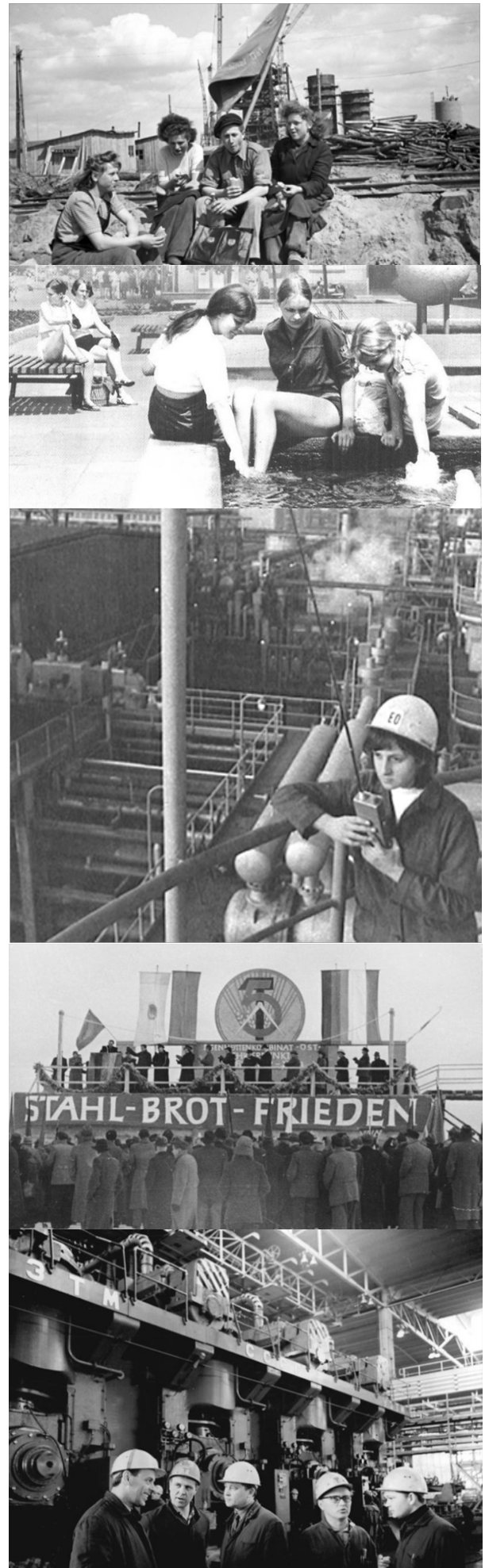
Werkzeug und Material, Baupläne kamen nicht rechtzeitig, die Unterkünfte waren mangelhaft, oft klappte in der ersten Zeit der An- und Abtransport zur Arbeit nicht. Aber es wurde gebaut – trotz Regen, Schnee und Kälte, bei jeder Jahreszeit.³ Westdeutsche Fachleute hatten für die Zeit die es dauern würde, bis der erste Hochofen in Betrieb genommen werden konnte, zwei Jahre geschätzt. Bereits nach nur 9 Monaten Bauzeit konnte der erste Hochofen „angeblasen“ werden. Zehn Jahre später war das Werk und die Stadt, die zunächst den Namen „Stalinstadt“ bekam und ab 1961 den Namen „Eisenhüttenstadt“ trägt, fertig. „Der Erfolg von zehn Jahren Aufbauarbeit war real. Die Utopie war gebaute Wirklichkeit geworden.“⁴ So steht es in dem Vorwort zu einem Buch über die fünfzigjährige Stadtgeschichte, das neun Jahre nach der Annexion der DDR geschrieben wurde. Dass die Erbauer von Stadt und Werk solche enormen Kräfte mobilisieren konnten, war nur möglich, weil sie in dem Bewusstsein arbeiteten, zum ersten Mal in der deutschen Geschichte, nicht mehr für die Kapitalisten zu schuften. In diesem gigantischen Aufbauwerk offenbarte sich die neue Einstellung der Menschen zur Arbeit. Lassen wir an dieser Stelle am besten einen der Aufbaupioniere der ersten Stunde sprechen. Den parteilosen Rohrleitungsbauer Gerhard Schneider aus Bitterfeld: „Ich will beweisen, dass wir als selbstständige, freie Menschen mehr leisten können als unter der Herrschaft der Monopolherren.“⁵ – Ja ihr habt es bewiesen! Und jeder der heute, Jahrzehnte später, eure Stadt und das Werk besichtigt, kann sich selbst davon überzeugen.

Steinerne Zeugnisse eines neuen Lebens und Arbeitens

Eisenhüttenstadt war und ist keine Stadt wie wir sie beispielsweise in der Weimarer Republik oder heute in der Bundesrepublik finden. Hier findet man keine stickigen kleinen Mietwohnungen

mehr wie in vielen anderen Arbeiterstädten oder Arbeitervierteln. Die Industrialisierung und der Bau der Stadt gingen hier nicht einher mit einer Betonlawine die alles Grün der Natur und jede Luft zum Atmen der kapitalistischen Profitgier opfert. Eisenhüttenstadt ist eine geräumige Stadt. Eine Stadt mit großen, schönen Häusern, Plätzen und Wohngebäuden die kunstvolle Verzierungen tragen. Überhaupt trifft man in dieser Stadt an beinahe jeder Ecke auf liebevoll gefertigte Statuen, Skulpturen, Wandmosaike, auf eine Kultur die vom Leben und Kampf der einfachen Menschen erzählt.

Betrachtet man die eindrucksvolle Kulisse der Häuserfassaden, kommt man sich ein bisschen vor, wie wenn man an Adelshäusern vorbeischiebt. Aber hier wurde nicht für Barone und Fürsten gebaut. Hier baute die zur Macht gelangte Arbeiterklasse an ihrem neuen Leben. Hier entstand Anfang der 50er Jahre ein Ort an dem, selbst heute noch, vieles davon erzählt was es heißt Arbeit, Wohnen, Natur, Kultur und Erholung harmonisch in Einklang miteinander zu bringen. Kurz gesagt, was es bedeutet sozialistisch zu leben und zu arbeiten. 1950 wurden die Grundsätze des sozialistischen Städtebaus per Gesetz für die Deutsche Demokratische Republik festgelegt. Dort heißt es: „Das Ziel des Städtebaus



1 - Maxim Gorki (sowjetischer Schriftsteller), *Für Frieden und Demokratie*, Aufbau-Verlag Berlin, 1954

2 - Rede Konrad Adenauers vor der Bevölkerung Westberlins, 6. Oktober 1951, <http://www.konrad-adenauer.de/dokumente/reden/rede-berlin>

3 - *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Band 7, Der Aufbau der metallurgischen Basis und des Schwermaschinenbaus*, Dietz Verlag Berlin, 1966

4 - Arbeitsgruppe Stadtgeschichte: *Eisenhüttenstadt – „Erste sozialistische Stadt Deutschlands“*, be.bra Verlag Berlin, 1999

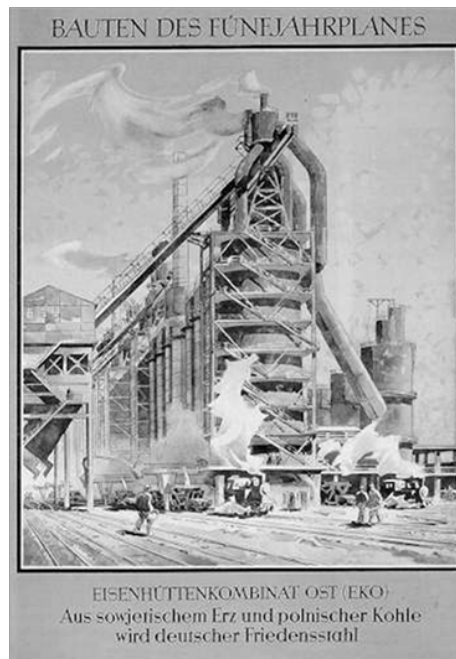
5 - s.O Fn.3

ist die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruches auf Arbeit, Kultur und Erholung.“⁶ Das ist in Eisenhüttenstadt wahrlich gelungen.

Entweder oder. Freiheit der Arbeiter oder der Kapitalisten!

Geht man heute durch Eisenhüttenstadt, so erscheint „die Stadt nun teilweise als Fossil einer vergangenen Zeit.“⁷ So steht es in dem bereits oben erwähnten Buch. Leider nicht zu unrecht. Zwar stehen die schönen Häuser der Arbeiter des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) auch heute noch und werden gut in Stand gehalten. Aber an einer Erkenntnis kommt man wohl trotzdem nicht vorbei: Seit der Annexion der DDR durch die BRD im Jahr 1990 hat sich sehr viel verändert. Im EKO waren einst bis zu 16.000 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. Heute sind es noch knapp 2.500. Viele der volkseigenen Betriebe sind längst verschwunden. Wie überall in der DDR wurde das Volk massenhaft enteignet und auf die Straße gesetzt. Zuerst durch die Treuhandanstalt und dann durch die Verschleuderung der Betriebe an westdeutsche und andere Kapitalisten die sie dann dicht machten! Mit dem Verlust des Volkseigentums verloren auch tausende Bürger Eisenhüttenstadts ihre Existenzgrundlage. Lebten Ende der 80 er Jahre hier noch knapp 53.000 Menschen, so hat die Stadt die einst mit so viel Zuversicht und Mühen errichtet wurde, bis heute die Hälfte ihrer Bewohner verloren.⁸

Selbst die Kolleginnen und Kollegen die noch Arbeit im Stahlwerk haben, bezahlen für die Annexion ihres Landes teuer. 1988 erhielt ein Arbeiter in der produzierenden Industrie der DDR nach statistischen Angaben des Ministerrates 1153 Mark Lohn.⁹ Die Miete für eine Dreizimmerwohnung in Eisenhüttenstadt kostete mit Nebenkosten 59 Mark im Monat.¹⁰ Die Kosten für Miete entsprachen also damals ca 5,2 % des Lohnes. Heute bekommt ein Stahlarbeiter



in Eisenhüttenstadt in der höchsten Eingruppierungsstufe 2113 Euro.¹¹ Die Miete für dieselbe Wohnung, ohne Nebenkosten, macht ca. 500 Euro. Die

Mietkosten entsprechen heute also mehr als 24% des Lohnes. Gegenüber 1988 ist das eine Steigerung von fast 500%! Die Lohnangaben sind jeweils ohne Zuschläge und Prämien.

Unser Besuch in Eisenhüttenstadt war sehr beeindruckend und hat viele Fragen aufgeworfen:

Wie konnte es geschehen, dass die Arbeiterklasse die errungene politische Macht wieder verlieren konnte?

Wieso sprach die politische Führung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden in den 70er Jahren von der „Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus (...)“ von „wesentlichen Fortschritten bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“¹² und war aber gleichzeitig immer weniger in der Lage die mehr und mehr in Erscheinung tretenden Widersprüche richtig zu behandeln?

Welche Fehler wurden beim Aufbau des Sozialismus in der DDR gemacht und wo haben wir als FDJ vielleicht eine falsche Linie eingeschlagen?

Wieso hat die Arbeiterklasse und das Volk der DDR 1989/1990 ihren Staat und ihre Betriebe nicht verteidigt?

Welche positiven Erfahrungen wurden in der DDR gemacht und wie kann uns das für den Kampf um die Zukunft nützlich sein?

Wir wollen versuchen uns dieser und weiterer Fragen anzunehmen und Antworten zu finden. 25 Jahre großdeutsche Annexion sind 25 Jahre zu viel! Der Kampf um ein Deutschland das nie wieder Krieg gegen andere Völker führt, indem die Wurzeln des Militarismus und Faschismus endgültig ausgerissen sind, ist unser Ziel!

Marius

6 - Ministerialblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 1950

7 - s.O Fn. 4

8 - Marco Schmidt: Eisenhüttenstadt – die erste sozialistische Planstadt der DDR. Eine Analyse zur Umsetzung der 16. Grundsätze des sozialistischen Städtebaus, Diplomica Verlag GmbH, Hamburg, 2012

9 - Helga Stephan, Eberhard Wiedemann: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR

10 - Aussage einer Bürgerin von Eisenhüttenstadt

11 - IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen

12 - Erich Honecker: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED, Dietz Verlag Berlin, 1976

Das Theater der Stalinstadt

Wer eine Stahlstadt braucht, etwa weil eine Bande von Imperialisten lieber das halbe Deutschland von ganzen Nazis verwalten lassen will, als sich dem politischen und ökonomischen Kampf um eine grundsätzlichere Sicherheitsvorkehrung gegen immer diese deutschen Weltkriege zu stellen, der klotze ein paar Hochöfen in eine logistisch und militärstrategisch günstig gelegene Landschaft und rotze ein paar Mietskasernen hinzu. Alles andere wird sich schon finden – spontane Freiheit grüßt beschaulich aus allen Löchern. Die Arbeiterkanaille wird sich schon einzurichten wissen und mit der Zeit ihre dunklen Hinterhöfe bespielen, ihre speckigen Eckkneipchen aufturn, im besseren Falle ihre Laubenganghäuser blumig herrichten und jedenfalls ihr tristes Schicksal aushalten lernen. Zum schönen Schwoofsonnabend in solch einer Stadt, wie das Kapital sie schockweise zurechtstümperte wie nur das Kind die Kleckeburg, wird zuallerletzt ein Theater beitragen – eine Einrichtung, die merkwürdigerweise gerade in Deutschland gern, aber irrtümlich für eine bürgerliche angesehen wird.

Doch noch bevor in Stalinstadt, dem heutigen Eisenhüttenstadt, der zweite der vier zunächst geplanten Wohnkomplexe fertiggestellt war, eröffnete 1955 das Theater für die künftigen Bewohner der Stadt. Denn die Not, im aufflammenden Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und ihren jüngsten Verbündeten, die eben gegründete Deutsche Demokratische Republik, eine ökonomische Basis für den staatlich organisierten Kampf gegen den deutschen Imperialismus aus dem märkischen Heidesand zu stampfen, sollte nicht etwa dadurch behoben werden, dass zu den ohnehin kargen Broten des zweiten Nachkriegs auch noch ästhetische Bettelsuppen vom Schlage der kindischen Steifheiten der Volksbühnenbewegung der 1920er Jahre serviert würden. „Die befreite Klasse schreitet durch Portale“ – so hatte Walter Ulbricht den Anspruch an die Architekten der Stalinallee in Berlin auf die Formel gebracht. Und so stand auch keine Winkelbühne hinterm Hinterhof und kein Biergarten mit Bretterbühnchen der Theaterarchitektur von Stalinstadt Modell, sondern die edle Einfalt und stille Größe einer endlich auch ästhetisch

über den Kampf gegen das Alte hinaus zu neuem Bewusstsein ihrer selbst gereiften Arbeiterklasse. Das Theater der Arbeiter der Stalinstadt und der Bauern des Kreises repräsentiert seinerseits klassisch, wie die sowjetische Klassik mit einem Hauch zopfiger Lieblichkeit (Goethe sich entsinnend) und wohl auch Nachdenklichkeit angesichts der stets so widrigen deutschen Verhältnisse den Bedürfnissen dieser nationalen Sektion des Weltproletariats anverwandelt ward. Und so trägt das Theater der Stalinstadt seit seiner



Das Friedrich Wolf Theater in Salinstadt

Eröffnung im Jahr 1955 auch ganz zu Recht den Namen „Friedrich-Wolf-Theater“.

Wer war Friedrich Wolf (1888-1953)?

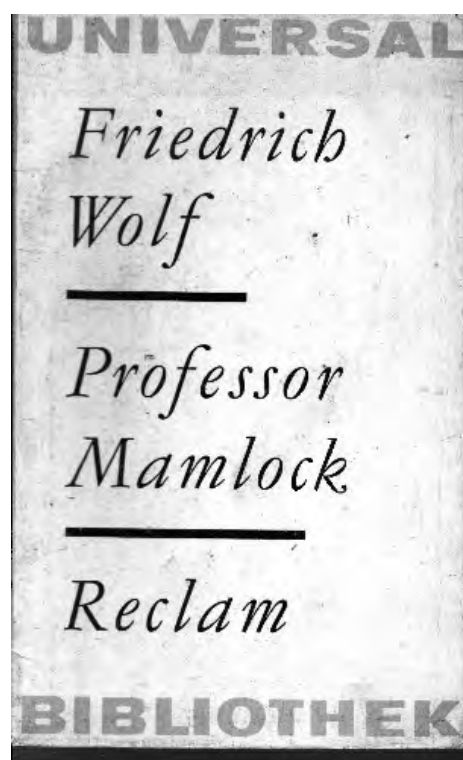
Friedrich Wolf steht wie kaum ein anderer Künstler für das internationalistische Lernen von der Sowjetunion mit all seinen Aneignungsschwierigkeiten. Als Arzt und Wandervogel aus gutbürgerlichem Hause wendet er sich ab 1916 zunächst noch in der Manier eines Remarque gegen den ersten deutschen Weltkrieg, in dessen Wunden er wühlen darf-muss (Stück: „Der Sprung in den Tod“), nimmt 1918 im Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden an der Novemberrevolution teil, agitiert 1920 gegen den Kapp-Putsch und findet im Laufe der 1920er Jahre über die Debatten in der Arbeiter- und Volksbühnenbewegung (Stück: „Kolonne Hund“ über die

Dürftigkeit der Laubenkolonien, 1926) an die Seite der KPD, in die er 1928 eintritt.

In den Volksbühnenverbänden, die seit 1890 für Arbeitergroschen Volksstücke aufspielten, tobten in den 1920er Jahren die Auseinandersetzungen zwischen entpolitisierenden Miniboulevard-Rührstückschreibern, altbackenen Schiller-Exegeten und scheinradikal-naturalistischen Bedürfnislosigkeitspredigern, die sich auf Gerhart Hauptmann ausruhen zu können meinten. Wolf stritt hier mit Wort und Tat zunehmend radikal für die Adaption der sowjetischen Theaterpraktiken, neuer Schauspieltechniken, neuer Themen und

neuer Formen wie etwa der Agitka-Stücke, die, durchweg politisch, dennoch auch vor kleinsten Tages- und Alltagsthemen nicht zurückschrecken und die arbeitenden Klassen möglichst unmittelbar in ihren Nöten und ihren Kämpfen widerspiegeln sollten. 1928 erscheint dann auch sein bekanntester Essay „Kunst ist Waffe“, der die Bedingungen für eine revolutionäre Aneignung des bürgerlichen Erbes wie auch der wachsenden sowjetischen Theatererfahrungen und -einflüsse formuliert: Gegen das präventios Unpolitische, gegen das Mitläufertum! Für Arbeiterbühnen mit auch Arbeiterschauspielern, für das Wagnis auch der kleinen Stückform! Gegen die Flachheiten des Naturalismus und Proletkult! Für Realismus und das Lernen von der Sowjetunion (Gorki, Simonow, den Filmen etc.)!

Neben seinen Bemühungen für eine revolutionäre Volksbühnenbewegung betreibt Wolf seit 1926 eine Arztpraxis in Stuttgart. Hier entsteht nicht nur das populärwissenschaftlich-sozialkritische (und häufig ökologisch-populistisch abgeklatschte) Standardwerk „Die Natur als Arzt und Helfer“, sondern mit dem Stück „Cyankali“ über den rigiden Abtreibungsparagraphen 218 (der bis heute das kapitalistische Populationsgesetz mit deutsch-christlicher Würdensoße zu veredeln sucht) und die Zehntausenden halbproletarischen und proletarischen weiblichen Todesopfer illegaler Abtreibungen auch das wohl umstrittenste Theaterstück des Jahres 1929. Mit „Die Matrosen von Cattaro“ (1930),



lesenswert!

„Tai Yang erwacht“ (1931, von Erwin Piscator uraufgeführt) und „Floridsdorf“ (1934) dramatisiert Wolf auch internationale Stoffe, um den Arbeitern in Deutschland die Augen für den Weltklassenkampf zu öffnen. 1931 reist er erstmals in die Sowjetunion, in die er 1933 über Österreich und Frankreich emigriert.

„12 Millionen Professor Mamlocks!“

Das bei weitem bekannteste Stück von Wolf ist „Professor Mamlock“, mit dem er unmittelbar auf die Ereignisse des Frühjahrs 1933 reagiert. Allerdings beruht die Popularität des Mamlock zum Teil auf einem Missverständnis: Der jüdische

Chirurg mit der goldenen Hand, von der sich die abgefeimtesten Deutschnationalen am liebsten operieren lassen, ist nicht als bedauernswertes Opfer der nazistischen Säuberung des öffentlichen Dienstes von Juden angelegt, sondern als der Weltkriegsveteran und Hindenburgwähler, der bis 1933 die rote Gefahr für die eigentliche hält und nur aufgrund der nazistischen Rassenpolitik mittels antikomunistisch verschütteten Restbeständen gut-alt-bürgerlicher Integrität erkennt, dass die kommunistischen Neigungen seiner Kinder vielleicht doch nicht das Hauptproblem in Deutschland sind. Sein Selbstmord angesichts der Gewalt des nun faschistischen Staates, vor allem aber angesichts des pronazistischen Mitläufertums seines Mitarbeiterstabes ist nicht Anklage, sondern selbstverschuldete Verzweiflung und Kapitulation. Nicht als Jude trägt Mamlock schuld an dem, was er erst im Tod als abwendbares Schicksal erkennt, sondern als Weltkriegsveteran, Versaillesgegner und Arbeiterfeind, der den „braunen Spuk“ duldet, solange der den „roten Spuk“ wegzukehren sich feilbietet.

DAS war die Konzeption des Mamlock, DAS war seine historische Tragik, und so wurde er auch 1934 in Warschau – auf jiddisch – mit Alexander Granach als Mamlock uraufgeführt und war 1935-1939 das meistgespielte Emigrantenstück in der UdSSR (wo es 1938 verfilmt wurde).

Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR änderte Wolf auf Wunsch der sowjetischen Kritik die Mamlockfigur für die Bedürfnisse der von Hitler gegen Hitler vereinten Völker in eine kämpferischere Gestalt um. Nach solchem entlastenden Strohalm zu greifen und sich in einen Kampf einzufühlen, den man selbst nicht gekämpft hat, statt an sich heranzulassen, wie in Deutschland „12 Millionen Mamlocks“ (so ein Essay von Wolf) dem Faschismus honorigdistanziert zuschauen, möchte dem fatalen Selbstberuhigungsbedürfnis deutscher Kleinbürger gerade zupass sein. Dagegen ist „Professor Mamlock“ wohl das Stück, das die wirklichen Ereignisse von 1933 am schärfsten in eine sinnliche, psychologische, charakterliche Einheit fasst, obwohl als Fabel nur ein Familiendrama mit konservativem Vater und rebellierenden Kindern in bewegten Zeiten dient.

In der Sowjetunion lernen – und lehren

Schon vor 1933 hatte Wolf sich um die Rezeption der sowjetischen Dramatik und Literatur verdient gemacht. Aus politischen und „rassenpolitischen“ Gründen emigriert, wirkt er – neben einer USA-Reise 1935 und einem Versuch, 1937 als Interbrigadist nach Spanien zu gelangen, der in einem französischen Internierungslager endet – vor allem in der sowjetischen Theater- und Kulturlandschaft der Jahre 1933-1937 und 1941-1945. Dazu gehören ständige Beratungen und Inszenierungsbearbeitungen mit Kollegen aus aller Welt und mit dem Publikum der Staats- und Gewerkschaftstheater und auch der Theater der Nationalitäten (u.a. der Wolgadeutschen in der Stadt Engels) und eine umfangreiche Redaktionstätigkeit nebst zahlreichen Beiträgen für Emigrantenzeitschriften („Das Wort“, „Internationale Literatur“ etc). Nachdem Wolf 1941 auf sowjetische Initiative aus dem französischen Internierungslager wieder in die Sowjetunion gelangen kann, ist er zudem ab 1943 an der Gründung des NKFD beteiligt und schult deutsche Kriegsgefangene an der Antifa-Schule in Krasnogorsk.

Kulturpolitik der Arbeiterklasse

1945 kehrt Wolf nach Berlin zurück und ist hier maßgeblich an der Gründung der DEFA, der deutschen P.E.N.-Sektion, der Zeitschrift „Kunst und Volk“, des Bundes deutscher Volksbühnen, der Akademie der Künste (1949) und anderer Kunst- und Kulturinstitutionen der sowjetisch besetzten Zone und späteren Deutschen Demokratischen Republik beteiligt. Dabei entstehen auch Erzählungen und Kindermärchen („Weihnachtsgans Auguste“, 1946). 1949-51 ist er erster Botschafter der DDR in Polen und allein dafür in Westdeutschland best-gehasst. Im Zeitraum 1949-53 schreibt er die Filmszenarien zu „Der Rat der Götter“, „Thomas Müntzer“ und anderen Meisterwerken der DEFA. 1953 stirbt Wolf hochgeehrt (Nationalpreise der DDR, Straßen-, Schul- und Theaternamen) in Lehnitz bei Berlin, wo auch eine Gedenkstätte sein Andenken pflegt – und zusammen mit dem Nachfolger der Akademie der Künste der DDR tausende unveröffentlichte Manuskriptseiten von ihm verwahrt.



*Konrad Wolf, Markus Wolf,
und Friedrich-Wolf*

Top-Secret-Tscheka-Mischa (1923-2006)

Friedrichs erster Sohn aus zweiter Ehe, Markus Wolf oder Mischa, leitete von 1952 bis 1986 den Auslandsnachrichtendienst der DDR, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – erfolgreich, wie der Umstand andeutet, dass Mischa erst 1972 vom übergelaufenen MfS-Offizier Werner Stiller auf einem Foto für den BND identifiziert werden konnte und bis dahin seine zahlreichen Quellen in ganz Westeuropa ganz persönlich betreut hatte. Derlei Pikanterien geben bis heute der Furie des antitschekistisch radikalisierten deutschen Antikommunismus (man denke nur an den Kommissarbefehl der Nazis oder die „Stasi“-Hatz seit 1990) die berausenden Wahnbilder für die Alpträume vom bolschewistisch-bedrohlichen Manipulationsmeister. Dass Mischa 1986 vermutlich nur vorgeblich aus persönlichen Gründen sein Amt niederlegte und am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz der Inner-DDR-Opposition noch mit Ratschlägen behilflich sein wollte, hat dann auch entsprechend keinen bundesdeutschen Juristen zu mäßigen vermocht: Seine 1990 angetretene Flucht vor dem Haftbefehl der BRD endete mangels Rückhalt im neuen Russland 1991 im westdeutschen Karzer, und mittels üblich abenteuerlichen Konstruktionen wurde er mehrfach verurteilt. Ihren persönlichen James Bond aus diesem Leben zu weben, wird den Ostdeutschen unter den jetzigen staatlichen Bedingungen jedenfalls kaum gelingen. Am 9. November 2006 starb der offiziell zum ehrenlosen Schwerverbrecher Gestempelte in Berlin. Die Ehe seiner Tochter mit dem Werbekönig Hans Wall und gewisse geschäftliche Absprachen mit diesem haben übrigens nicht wenig dazu beigetragen, das Gedenken an „den roten Bonzen“ Friedrich Wolf nicht gänzlich den Annexionisten zum Fraß vorzuwerfen.

Konrad (1925-1982) war nicht nur 19

Friedrichs zweiter Sohn aus zweiter Ehe, Konrad, war Filmregisseur und von 1965 bis zu seinem Tod im Jahr 1982 in Berlin Präsident der Akademie der Künste der DDR. Eine entscheidende Station seines Lebens hat er in einem seiner zurecht bekanntesten Filme verarbeitet:



Sehenswert!

In „Ich war 19“ marschiert ein junger sowjetischer Staatsbürger in Rotarmistenuniform, dessen Eltern 1933 aus Deutschland hatten fliehen müssen, 1945 wieder nach Berlin ein. Der Film ist in seiner epischen Kraft und Gediegenheit – übrigens ganz jenseits irgendwelcher gewiss auch abgehandelten „Diskurse über nationale Identitäten“ – ein internationalistisches Meisterwerk der internationalen Filmkunst. Für den im engeren Sinne politischen Film bedeutend sind auch Konrads Verfilmung des „Professor Mamlock“ von 1961, ein Filmepos über Ernst Busch, „Sterne“, „Sonnensucher“ und eine Verfilmung des Feuchtwanger-Romans „Goya“. Und wer die Niedergangs-Innerlichkeit der DDR der späten 70er Jahre vollendet artifiziell ausgestaltet erleben mag, möge „Solo Sunny“ (1979) probieren. Nach dem Regisseur Konrad Wolf ist eine Straße in Berlin-Lichtenberg und seit 1985 die Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam (seit jüngstem: „Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf“) benannt.

EDE UND UNKU

*„Von seltsamen Begegnungen,
dem Lande Ulalru, einem Brief in
Zigeunersprache und manchem
Anderen“*

Ist es wirklich schon Jahrzehnte her, daß ich Unku, das Zigeunermädchen getroffen habe? Ja, es muss wohl so sein. Dem Kinde erscheint ein Jahr oft unendlich lang; die des Erwachsenen hat schnelle Füße. Damals es war im April 1929, und von euch war noch keiner geboren - sah ich Unku zum erstenmal. Wir wohnten in Berlin, in Reinickendorf, und ich schlenderte, glücklich über das Frühlingswetter, durch die Gegend, bis ich zum Stadtrand kam. Da lag eine Laubenkolonie, die nach dem Winterschlaf wieder zum Leben erwachte. Da gabe es hellsprießende Sträucher auf unbebautem Gelände, Schutthaldden, einen Hang, dessen schüchternes Gras Ziegen rupften. Weiter als im Stadttinnern war hier der Himmel. Das Steinmeer der Großstadt lag im Rücken, und man konnte träumen, während einem der Wind ins Gesicht blies, un den bunten Papierdrachen zusehen, von kleinen Jungen in fröhlichem Spiel zu den goldenen Wolken hinaufgeschickt wurden. Als ich den Fuß des Hangs erreicht hatte, bemerkte ich ein paar Zigeunerwagen, die hier bislang nicht gewesen waren. Der größte von ihnen war frisch grün gestrichen und trug zwischen seinen Fenstern Verzierungen: Reitpeitschen und Hufeisen. Aus der Tür kam ein etwa zehnjähriges bloßfüßiges Mädchen geklettert. Die Kleine steckte in einem abgerissenen Kleid und wirkte doch elegant in ihrer Geschmeidigkeit. Auch das überaus bewegliche Gesichtchen nahm für sie ein. Ich konnte meinen Blick nicht abwenden von den großen spitzbübischen Augen unter der seidigen Ponyfrisur, von dem breiten, beschwingten Mund, der beim Lachen kräftige weiße Zähne ließ. Auch ich schien ihr nicht zu missfallen.“

So beginnt die Geschichte des Berliner Arbeiterjungen Ede und dem Zigeunermädchen Unku von Alex Wedding. Lest es selbst oder lest es euren jüngeren Geschwistern vor! So wie es in der DDR gelesen wurde. Damit ihr nicht denjenigen auf dem Leim geht, die gegen das Fremde hetzen!

Joe

Krieg in der Automobil- industrie Krieg in der Welt STILLHALTEN oder WIDERSTAND?

22. Oktober 2014

Mercedes Kollegen aus Solidarität auf dem Hallendach. Solidaritätsaktion im Bremer Mercedes Werk gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau im Düsseldorfer Mercedes Werk und gegen die Raubpakete des Vorstands.

„Heute Mittag entrollte sich vom Dach der Rohbau-Halle 7 direkt unter dem Mercedes-Stern ein 20qm großes Transparent mit der Losung „Weg mit den Raubpaketen des Vorstands – Solidarität mit den Düsseldorfern“. Im Düsseldorfer Werk sind bis zu 1800 Arbeitsplätze, d.h. mehr als jeder 3. in Gefahr. Bisher wird der Sprinter dort in drei Schichten produziert. Eine der drei Schichten will die Unternehmensleitung in Düsseldorf streichen – und in den USA ein neues Werk hochziehen. Deswegen hatten bereits rund 3000 Kollegen des Daimler-Sprinter-Werks in Düsseldorf über drei Schichten hinweg die Arbeit niedergelegt. Heute tagt der Daimler Vorstand und wird über den Bau des Werkes in den USA entscheiden....“

(Pressemitteilung vom 21.10.14 von Gerwin Goldstein, Betriebsrat Werk Bremen)

21. November 2014

Logistiker der Dauernachtschicht bei Mercedes Bremen legen Arbeit nieder

„In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, Punkt Null Uhr, versammelten sich rund 130 Kollegen, marschierten zum Betriebsrat und forderten Informationen über die geplante Fremdvergabe der Logistik im Rohbau ein. Sie wurden begleitet auch von Vertrauensleuten verschiedener anderer Bereiche. Im Rohbau stand die Produktion für 2 Stunden, in der Montage konnten 50 Autos nicht vom Band. Die Wut der Kollegen richtet sich gegen die angekündigten Pläne zur Fremdvergabe, die ja immer auch mit Leiharbeit verbunden ist, also so auch zum gesellschaftlichen Skandal wird. Am kommenden Montag soll die Werkleitung ihr Spar-, oder besser Raubpaket, auf den Tisch legen. Bereits im September hat die Belegschaft aller drei Schichten sich einstimmig

An den
Vorsitzenden,
Herrn Detlef Wetzel
IG Metall
Frankfurt
Deutschland



Lieber Herr Vorsitzender,
im Namen von 350.000 Mitgliedern der NUMSA und seines Zentralkomitees, möchten wir unsere Solidarität bezeugen mit den Mitgliedern bei Mercedes Benz, für ihre mutige Haltung und ihre Streiks gegen die Angriffe auf Arbeitsbedingungen, gegen Fremdvergabe und Leiharbeit.

Die Angelegenheiten, gegen die Ihr kämpft, sind Waffen, die vom Kapital benutzt werden, um Gewerkschaften zu schwächen und uns in der ganzen Welt zu Zugeständnissen zu zwingen. NUMSA hat ständig gegen diese Punkte gekämpft, nicht nur gegen Firmen in Südafrika, sondern auch gegen die Regierung, die auf diese neoliberale Politik besteht. Wir sind sehr ermutigt von Eurem Kampf und unsere Mitglieder sind bereit, ihre Solidarität anzubieten, damit Ihr Eure Forderungen durchsetzen könnt.

Der Kampf geht weiter!

Irvin Jim
Generalsekretär
Nationale Gewerkschaft der Metallarbeiter von Südafrika (NUMSA)

gegen Fremdvergabe, Werkverträge und Leiharbeit ausgesprochen. Damit gibt es für den Betriebsrat folglich kein Mandat, in diese Richtung irgendwelche Verhandlungen zu führen.“

(LabourNet Germany am 20.11.2014)



Streik der Nachtschicht, in der Nacht vom 11. auf den 12.12.14. Für ca. sechs Stunden stand das Werk still.



21.10.14: Auf dem Dach des Daimler-Werk Bremen

3. Dezember 2014

1.12.: Zweieinhalb Stunden Streik in Bremen gegen Fremdvergabe

„Gestern, am 1. Dezember 2014, ist die Frühschicht bei Mercedes in Bremen für ca. zweieinhalb Stunden in den Streik getreten. Anlass waren die Verhandlungen des Betriebsausschusses mit der Werkleitung über das Raubpaket, wie es in ähnlicher Form allen Werken aufgezwungen werden soll. Demnach geht es um die Fremdvergabe (und damit Leiharbeit) hunderter von Arbeitsplätzen, um noch mehr Arbeitshetze und noch mehr Flexibilität (allein 2016 92 Sonderschichten). Zusätzlich ging die Aktion gegen den Rausschmiss von 40 Leiharbeiter-Kollegen. Rund 1.000 marschierten trotz Kälte auf die Straßen.

Schon die letzten Wochen war es zu mehreren Aktionen gekommen; Streik der Logistiker der Dauernachtschicht, Hunderte Vertrauensleute protestieren gegen die 75 Abmahnungen für die Logistiker (die daraufhin zurückgezogen werden müssen) und für die Übernahme der 40 Leiharbeiter, 50 Vertrauensleute marschieren zu Betriebsrat, Vertrauenskörperleitung und 1. Bevollmächtigten, um Aktionen einzufordern). Bereits im September hat

die Belegschaft in der Betriebsversammlung aller 3 Schichten einstimmig beschlossen, dass 1. alle Fremdvergaben der letzten 5 Jahre rückgängig zu machen sind, dass 2. keine weitere Fremdvergaben erfolgen dürfen, sowie dass 3. ein Abkommen, wie das Sindelfinger, für Bremen nicht in Frage kommt. Damit wurde das Mandat für den Betriebsrat klar festgelegt. In den Diskussionen der



Streik der Frühschicht am 01.12.14

Kollegen kam immer wieder deutlich heraus, dass der Kampf über die Werke unbedingt gemeinsam geführt werden muss und dass er noch lange nicht beendet ist. Soweit in Kürze aus Bremen.“

(LabourNet Germany am 02.12.2014)

12. Dezember 2014

Streik der Nachtschicht bei Mercedes Bremen am 11./12. Dezember 2014

„Bei Daimler in Bremen stehen seit 23.00 Uhr die Bänder still! Aus Protest gegen Fremdvergabe und Leiharbeit, sowie gegen das Raubpaket der Werkleitung, zogen die Kollegen durch sämtliche Hallen. Mit viel Getöse und mit Rufen, wie: „Wollt Ihr 92 Sonderschichten? Raus, raus, raus“ leerten sich die Hallen und die komplette Nachtschicht verabschiedete sich gegen 1.00 Uhr nach einer Kundgebung nach Hause. Ein Redebeitrag eines Kollegen: „Das kann eine Abmahnung geben. Zwei Möglichkeiten: Ihr könnt Euch damit entweder den Arsch abwischen oder ihr könnt sie einrahmen und Euren Enkeln zeigen“. Dies war der 3. Streik innerhalb von 2 Wochen.“ Meldung an die Redaktion am 11./12. Dezember 2014, 01.20 Uhr und zuvor:

„Heute, am 11. Dezember, haben komplett die Bänder bei Mercedes für ca. 1 1/2 Stunden gestanden. Rund 2.500 Kollegen haben den Werkleiter herunterzitiert, der mit einem Pfeiffkonzert empfangen wurde. Er wurde mit dem Versprechen

verabschiedet, dass man wiederkommen werde gegen die geplanten Fremdvergaben und das ganze Raubpaket.“

(LabourNet Germany am 11.12.2014)



Streik der Nachtschicht, 11.- 12.12.14.

2. Januar 2015

Druck bei Daimler – Personalgespräche
im Bremer Werk wegen Streikteilnahme
Die Kommunikation der Werkleitung

„Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wir möchten Sie/Euch davon unterrichten, was der Werkleiter des Mercedes-Werkes Bremen gemeint hat auf seiner Pressekonferenz, kurz vor Weihnachten. Zur Erinnerung:

Einschreiben verschickt. Soviel also zum Wertgehalt einer Äußerung des Werkleiters Kellermann zum Thema Kommunikation. Die Kollegen diskutieren bereits, in welcher Form sie diese Art der Kommunikation aufgreifen werden.“

(LabourNet Germany am 01.01.2015.)

In den Wochen vor Weihnachten war es zu mehreren Streiks und Aktionen gegen Fremdvergabe und Leiharbeit gekommen. So hat die Nachtschicht nahezu die ganze Schicht lang die Arbeit niedergelegt (wir berichteten darüber). Angesichts der öffentlichen Berichterstattung und der zahlreichen Solidaritätsadressen aus aller Welt, sah sich der Werkleiter Kellermann genötigt, zu einer Pressekonferenz einzuladen.

Dort betonte er, dass in Bremen Alles gut sei, dass wohl eher die schlechte Kommunikation zu den Streiks geführt habe. Nun, an der Kommunikation hat er inzwischen fest gearbeitet. Nur wenige Stunden später wurden die Kollegen der Nachtschicht vom Personalchef und seinem Stab einzeln regelrecht verhört und zum Denunziantentum aufgefordert (die Fragen liegen uns vor). Die Verhöre haben nicht den erwünschten Erfolg für die Personalabteilung gebracht, außer, dass sie jetzt wissen, was Nachtarbeit bedeutet. Also wurden unmittelbar nach Weihnachten ca. 75 Abmahnungen und Drohbriefe an einzelne Betriebsräte per

4. Januar

Angst vor Terrorismus:
Daimler will Mitarbeiter
durchleuchten – alle drei
Monate

„Daimler stellt seine Mitarbeiter unter Generalverdacht: Nach SPIEGEL-Informationen will der Konzern ihre Daten regelmäßig mit Terrorlisten der EU und den USA abgleichen.

Der Daimler-Konzern will nach Informationen des SPIEGEL künftig alle drei Monate seine rund 280.000 Mitarbeiter durchleuchten. Laut einer Konzernbetriebsvereinbarung vom 12. November 2014 darf das Unternehmen “zur

Terrorismusbekämpfung” seit dem 1. Dezember Name, Anschrift und Geburtsdatum sämtlicher Beschäftigter mit den Daten auf entsprechenden Sanktionslisten der Europäischen Union und der USA abgleichen – und die Listen sechs Jahre lang aufbewahren...“

(Vorartikel im Spiegel-Online vom 04.01.2015)



Transparent der Daimler-Kollegen zur Begrüßung der internationalen Antikriegsaktion am Werk Bremen, 16.09.14

Rote Armbinden

„Wir hatten keine Traktorenindustrie
Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keine Automobilindustrie.
Jetzt haben wir sie.

Wir hatten keinen
Werkzeugmaschinenbau.
Jetzt haben wir ihn.

Wir hatten keine ernstzunehmende,
keine moderne chemische Industrie.
Jetzt haben wir sie...“

Josef Stalin, am 7. Januar 1933 zur
vorfristigen Erfüllung des ersten 5
Jahresplanes...

Nein die Sowjetunion ist nicht mehr.
Die letzten Reste ihrer großartigen
Errungenschaften für die Menschheit
werden gerade im Bürgerkrieg, auch in der
Ukraine, mit einer großen Verbissenheit
dem Erdboden gleichgemacht. Wie
zuvor schon und heute noch tagtäglich
in Georgien, Moldawien, Armenien ...
Nein, der Bürgerkrieg in der Ukraine ist
nicht ein einfacher Bürgerkrieg angezettelt
durch eine von der USA und BRD an die
Macht gebrachte faschistische Regierung
oder durch den Anschluss der Krim an
Russland.

Es ist der verzweifelte Versuch, der
durch die Konterrevolution an die Macht
gekommenen neuen Bourgeoisie in den
ehemaligen sozialistischen Staaten,
allen voran in der Sowjetunion, ihr
eigenes Überleben zu sichern. Denn

nach 20 Jahren offenem Raub des
ehemaligen Volkseigentums und
damit Verelendung ihrer eigenen
Völker drohen große Teile von ihnen
nun selbst mit leeren Händen da
zustehen. Weite Teile der Industrie, weite
Teile der Landwirtschaft sind ruiniert.
Wovon sollen sie also leben, wenn sie nichts
haben, wo sie Arbeiter für sich arbeiten
lassen können? Und jeden Tag sind sie
auch ein Stück mehr gezwungen die alte
Bourgeoisie aus dem Westen dort mit ins
Boot zu holen und das Eigentum und den
Raub bei der Ausbeutung der Naturschätze
mit ihr zu teilen, wo es zumindest noch
relativ lange Zeit mit den alten Anlagen
aus Sowjetzeiten funktionierte, ohne dass
sie in neue Anlagen investieren mussten.
Denn auch die Fabriken zur Herstellung
der entsprechenden Anlagen zur Förderung
und dem Transport der Rohstoffe sind
schon längst zu Grunde gerichtet und
müssen wie zu Zarens Zeiten wieder
aus dem Ausland beschafft werden. Die
Unabhängigkeit vom Imperialismus, die
sich die Völker der Sowjetunion mit Hilfe
der Sowjetmacht spätestens mit dem 3.
fünf Jahresplan zu Ende der 1930er Jahre
mit einer im Kapitalismus nie erreichten
industriellen Aufbauleistung und
Geschwindigkeit erkämpft hatten, wurde
bereits mit dem Sieg der Konterrevolution
in den 80er Jahren wieder verspielt.

Ob es die Poroschenkos in der Ukraine
oder die Putins und Co in Russland sind:
Bis aufs Messer bekämpfen sie sich. Und
gleichzeitig reißen schon längst die großen
Haie aus dem Westen ihnen tiefe Wunden.
Das in diesen Tagen also die Gefahr eines
Weltkrieges ungeheuer gewachsen ist,

da Teile dieser neuen Bourgeoisie um
ihren eigenen Überlebens willen bereit
sind, die ganze Welt mit allen Mitteln in
ihren Überlebenskampf hineinzuziehen,
darf uns daher nicht mehr überraschen.
Ebenso wenig als die längst selbst um ihr
Überleben kämpfende alte Bourgeoisie
offensichtlich dazu bereit ist.

Umgekehrt muss von uns jede Gelegenheit
genutzt werden, daran darzustellen,
dass mit der vorläufigen Niederlage der
Arbeiter an der Macht, die Rückkehr
kapitalistischer Zustände keine neue Blüte
für die Entwicklung der Menschheit mehr
hervorgebracht hat und hervorbringen
kann. Und dass aber dies die Zustände
sind, in denen nicht nur heute der
Weltkrieg wiedergeboren wird, sondern
auch darin die Antwort liegt, wie er nur
verhindert oder wenn der Beginn nicht
mehr verhindert werden kann, wie er nur
beendet werden kann. Mit den Arbeitern
an der Macht.

„Da sind Leute mit Roten Armbinden
auf uns zugekommen und haben
gesagt,
dass der Krieg zu Ende sei.“
Gerhard Gundermann, Oma Else.

Wuide

Anmerkung der Redaktion: Weitere
Informationen und Fakten zur Ukraine
findet ihr in unserer letzten Ausgabe.



Der Feldprediger Gauck, der unter der Losung „Schwerter statt Pflugscharen“ half die DDR und den Sozialismus wehrlos zu machen, empfängt am 7. Januar im Schloss Bellevue den Ministerpräsidenten der Ukraine Jazenjuk. Dieser ist maßgeblich für den Einsatz der paramilitärischen Einheiten der ukrainischen Faschisten gegen die eigene Bevölkerung und die Fortführung des Krieges verantwortlich.



Jazenjuk wurde vor knapp einem Jahr durch den, vor allem von BRD und USA vorangetriebenen Umsturz in der Ukraine, in sein Amt gehoben. Faschistische Barbarei und 4700 offizielle Tote in einem Jahr mit deutschem Segen, Geld und Waffen sind das Ergebnis. Dass es dabei nie um das Volk in der Ukraine geht, sollte jedem nach dem letzten Jahr klar sein.

Der ukrainische Präsident und Waffenhersteller Poroschenko übergibt am 5. Januar neue Waffen an die Armee: „Ich bin überzeugt, dass 2015 das Jahr unseres Sieges wird. Dazu brauchen wir eine starke, patriotische und gut ausgerüstete Armee“

Im Dezember war die Verdoppelung der Militärausgaben durch die ukrainische Regierung beschlossen worden. Gleichzeitig wurden neue Sparmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung verkündet.



Aktion des Friedenskünstlers G. Wangerin, München

Am Montag, den 05.01. gab es im Auswärtigen Amt in Berlin ein Treffen hochrangiger Diplomaten aus Deutschland, Frankreich, der Ukraine und aus Russland. Ohne die USA. Diese hatte im Dezember erst die Verschärfung der Sanktionen beschlossen

Die Monopole in der BRD sind sich offensichtlich uneins über den weiteren Kurs gegen Russland. Je weiter die Sanktionen wirken (in den letzten Monaten stiegen die Lebensmittelpreise um 15%) und je instabiler Russland aus ihrer Sicht wird, umso mehr sehen sich Teile der deutschen Monopole selbst gefährdet. Sie haben Angst zu den Verlierern der Sanktionen zu gehören, während offenbar die USA ihre Geschäfte mit Russland seit Beginn der Sanktionen sogar noch ausgeweitet hat.

„Im Eilverfahren hat die krisengeschüttelte Ukraine drei Ausländer eingebürgert und zu Ministern ernannt. Die US-Amerikanerin Natalia Jaresko (Finanzen) sowie der Georgier Alexander Kwtaschwili (Gesundheit) und der Litauer Aivaras Abromavicius (Wirtschaft) erhielten per Präsidentenerlass die Staatsbürgerschaft der Ex-Sowjetrepublik, wie das Büro von Staatschef Petro Poroschenko am Dienstag in Kiew mitteilte.“ (Handelsblatt 2.12.14)

Der neue Wirtschaftsminister war Investmentbanker der schwedischen East Capital Gesellschaft. Die neue Finanzministerin war beim US-Aussenministerium und beim IWF angestellt und hat den Private-Equity-Fonds „Horizon Capital“ mit aufgebaut. Dieser gilt heute als einer der größten seiner Art in der früheren Sowjetunion.



Und die Merkel reitet doch auf der V2-Rakete durch die Republik!

„Nachmittags schaute ich aus dem Fenster. Draußen schien die Sonne an diesem Samstag. Ich beobachtete das fröhliche Treiben auf der Straße unten. Doch plötzlich: um die Ecke biegt ein Militär-Lastwagen. Auf seinem Rücken: Eine Bombe! Ich traue meinen Augen nicht. Das kann doch nicht wahr sein! In dem Moment klingelt mein Telefon, meine Mutter ist dran. Natürlich erzähle ich ihr sofort, dass die Bundeswehr hier gerade eine Bombe durch Gröpelingen fährt. Aber sie kann mich beruhigen: „Mein Kind, das sind nur die streikenden Leiharbeiter.““

So berichtete eine junge Auszubildende über ihre erste Begegnung mit dem Zug Klassenkampf statt Weltkrieg. Was hatte sie wirklich gesehen?

Die Fahrzeuge des Agitationszuges

Das erste Fahrzeug des Zuges trägt eine V2 (siehe Kasten). Auf ihr reitet die Kanzlerin Merkel. Symbolisch bringt sie das aufgemotzte Kriegsgerät ihrer Chefs, der Kapitalisten wieder in Anschlag.

Ihm folgt ein alter Hanomag AL 28 (ab 1958 gebaut), einstmals in den Diensten des THW ist die Kommandoluke heute zugeschweißt und der Drehkranz für

das Maschinengewehr abmontiert. Auf seiner Ladefläche ist ein Karussell mit mehreren Kindern, das „letzte Aufgebot“, das im letzten Weltkrieg schon als letzter verzweifelter Versuch des fast besiegten Hitlerdeutschlands in die Schlacht geschickt wurde. Sie tragen Stahlhelme und wedeln mit Deutschlandfähnchen. Neben ihnen steht die Übermutter, die Kriegsministerin Von der Leyen mit einem ihrer Generäle. Doch dies ist kein dauerhaftes Bild: Der General beginnt, ein Kind nach dem anderen in den Krieg zu schicken, ergo: zu töten. Die Kinder sacken in sich zusammen. Bis auf zwei: diese schmeißen Helm und Fahne davon, greifen sich lieber eine Rote Fahne und schließen sich denen an, die für das Leben und den Frieden kämpfen.

Der dritte Wagen ist der der Friedenskämpfer. Auf ihm stehen Arbeiter und Jugendliche, aus den verschiedensten Betrieben, Städten und Organisationen. Sie berichten, was los ist in diesem Land. Dass wir gemeinsam aufstehen müssen und den Kampf gegen den Krieg führen. Denn einen Finger bricht man. Aber fünf Finger sind eine Faust! Sie machen Musik, dass man tanzen möchte und ihre Lieder künden von einer besseren Zeit.

*Das Modell einer „V2“
= Vergeltungswaffe 2, oder
technisch „Aggregat 4“*

Bestellt von der Wehrmacht, gebaut unter der Aufsicht der SS in Mittelbau-Dora, einer Außenstelle des KZ Buchenwald. Entwickelt von Wernher von Braun, der nach 1945 in die USA emigrierte um dort weiterzuarbeiten, war dies der erste Flugkörper, der die Stratosphäre erreichte. Gekostet hat diese Rakete das Leben von Tausenden: Mindestens 20.000 Menschen wurden bei der Produktion vernichtet. 13.000 Menschen kamen durch 3.200 Einschläge ums Leben. Der Nachfolger hätte Manhattan mit all seinen Bürotürmen erreichen sollen. Unsere Lackierung des 1:2-Modells allerdings ist eher modern: die V2 wird heute gern in dieser „technischen“ Bemalung in den Museen ausgestellt. Damals war sie grün-gelb-braun, um sie vor den Fliegern der Alliierten und den Blicken der eigenen Bevölkerung zu verstecken.



Kundgebung in Zgorzelec zum Antikriegstag 2014

Die ersten zwei Etappen des Kleinen Aktionszuges

Zum Jahrestag des Ausbruch des verbrecherischen Kriegs der deutschen Räuber startete der Kleine Aktionszug seine Fahrt an der bis heute wenig geliebten Oder-Neiße-Grenze. Dort sahen wir eine Stadt, die zeigt, was es heißt, unter dem Regime der Annexion zu leben: aufgegebene und verfallene Wohnblocks, entvölkerte Straßen und Plätze, eine Bevölkerung, die die Hoffnung scheinbar schon hat fahren lassen. Und doch ist da die Passantin, die ihre Geldbörse in die Spendendose entleert. Sind da die Jugendlichen, die sich ein Stück dem Zug anschließen. Ein paar hundert Meter weiter

über der Grenze in Zgorzelec und wir sind in einer anderen Welt. Der Zug fährt durch Wohnviertel der Arbeiter. Fast jeder nimmt die Flugblätter der internationalen Aktionseinheit. Sie werden nicht nur entgegengenommen und in den Taschen verstaut. Sie werden an Ort und Stelle und von A bis Z durchgelesen. Autofahrer scheuen sich nicht, den Verkehr zu blockieren, um ein Flugblatt zu bekommen. Ein polnischer Motorradklub begrüßt den Zug mit Hupen und Winken. Die Balkone sind voller Menschen, von denen uns viele applaudieren. Und die Fahrt wird fortgesetzt, immer wieder taucht der Zug in verschiedenen Städten für einige Tage auf. Er fährt von Stadt zu Stadt, von Betrieb zu Betrieb und mobilisiert gegen den Krieg, der in der deutschen Industrie längst herrscht in Form der Leiharbeit, der Werkverträge und Fremdvergaben gegen die eigenen Arbeiter, für den Profit von Siemens, Daimler & Co. Mobilisiert gegen den Krieg, der in der Produktion selber seinen Anfang nahm, Arbeitern hierzulande wie in der ganzen Welt bereits heute die Grundlage fürs Leben kostet und in dieser unabwendbaren Todesspirale durch niemand anderen zu stoppen sein wird als durch die, die die Produktion in der Hand haben.

Doch ein solcher Zug ist natürlich kein gern gesehener Gast auf deutschen Straßen. Sie haben Straßenverkehrsordnungen und rote Ampeln, und eine Polizei, die zu allem bereit ist. Ja wozu denn? Haben sie denn eine solche Angst vor der Freiheit der Kunst und der Demonstration?¹ Ja, haben sie! Und zwar in jedem Bundesland auf eigene Art und Weise! Zuerst NRW, das Stammland der Sozialdemokratie will den Kampf gegen den deutschen Krieg nicht auf Kölner Straßen sehen, in einem Akt von Polizei-Willkür wird dem Zug die Weiterfahrt verunmöglicht. Hier scheint der Straßenverkehr ein höheres Gut als die Kunst- und Demonstrationsfreiheit. Doch wir ziehen vor das Verwaltungsgericht und siegen auf ganzer Linie und können die Fahrt ohne Polizeischikane fortsetzen!

Weiter versucht sich Baden-Württemberg als Zertreter demokratischer Rechte: im Flüsterton und nur auf menschenleeren Straßen soll sich der Zug nach dem Auflagenbescheid der Stadt Mannheim bewegen. Doch auch diesen Kampf gegen Baden-Württemberg gewinnen wir. In Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) soll tags darauf im Eilverfahren entschieden

werden: das Ergebnis setzt demokratische Rechte wieder dahin wo sie hingehören, in die Praxis und bestätigt uns, dass der Kleine Zug nach der Freiheit der Kunst und des Widerstands fahren dürfen muss. Gehört, getan!

Zum Beispiel in Würth: hier kamen wir an einem Gymnasium vorbei, dessen Schüler gerade Pause hatten und den Reden und Liedern aufmerksam lauschten. Eine ganze Schulklass mit ihrer Lehrerin ließ sich alles noch einmal ganz genau erklären. Nach längeren und guten Diskussionen ging es wieder weiter.

Dem Fass den Boden ausgeschlagen hat Regensburg, wo die Polizei heute der Ansicht ist, dass eine Demonstration an jeder Ampel zu halten habe. Die Bewegungsgeschwindigkeit eines politischen Kunstwerks bestimmt der Einsatzleiter, der Antikriegskampf wird als Verbrechen behandelt, die Politische Polizei fotografiert ständig und Polizei mit Maschinenpistolen „begleitet“ den Zug. So erfährt der Zug im wahrsten Sinne des Wortes eine Stadt. Und zieht wieder vor das Verwaltungsgericht. Der Ausgang: das Verwaltungsgericht fühlte sich nicht in der Lage zu entscheiden, da ja kein Auflagenbescheid vorgelegen habe, gegen den wir vorgehen könnten. Die faktische Verunmöglichung unserer Fahrt reichte ihnen nicht, um eine Abwägung vorzunehmen. Doch in diesem Kampf ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, Bayern und auch den Rest dieser Republik überlassen wir nicht seinem Schicksal!



Der Aktionszug bei Daimler in Mannheim

Wir kommen wieder nach

- München 20.-22.2.
- Ingolstadt 23.2.
- Nürnberg 24.-26.2.
- Hamburg 19.-21.3.

Und eine Aufgabe des Kleinen Zugs ist natürlich die Vorbereitung des Großen, der am 8. Mai, zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus seine Fahrt von Berlin nach Warschau beginnen wird. Fahrt ihr mit?

Lisa + Marlene

1) Nach „Im Gefängnis zu singen“ aus „Die Mutter“ von Bertolt Brecht: Sie haben Gesetzbücher und Verordnungen. Gefängnisse und Festungen. Ihre Fürsorgeanstalten zählen wir nicht. Sie haben Gefängniswärter und Richter. Die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind. Ja wozu denn? Haben Sie denn so mächtige Feinde?

Der Aktionszug Klassenkampf statt Weltkrieg machte diesen Herbst auch Station in Frankfurt am Main. Es war ein gutes Beispiel dafür, was neben dem eigentlichen Plan so wirklich passieren kann, hier bezogen auf die Schulen.



*Sophienschule,
Frankfurt*

*oben: Keiner darf
hinter die weisse Linie
im Schulhof!*

*links: Schüler dürfen
sich nicht informieren,
ihr Lehrer verbietet es!*

Anders sah es an der Heynrich-Kleyer-Schule aus. Hier konnte die Kundgebung des Aktionszuges wie geplant stattfinden.

Wo und wann auch immer: wenn ihr etwas wissen, erfahren, kennenlernen, tun, ... wollt und es wird euch verboten: fragt nach, wer den Nutzen davon hat!

Und wer die Rechnung anschließend bezahlen muss.



Informiert euch über das TTIP

Hühnchen, ob Schenkel oder Flügel, als Broiler oder Hendl und nicht zu vergessen das Ei, ist in welcher Form auch immer zubereitet von unserer Speisekarte nicht mehr weg zu denken. Und jetzt sind sie eine Gefahr!

Aber nicht eine Seuche wie die Gefügelgrippe H1N8 oder eine andere Krankheit bedroht uns Menschen. Nein, die Bedrohung rührt von ganz wo anders her. Es sind aber, wie der aufmerksame Verfolger der Presse jetzt erraten haben will, eben nicht die US-amerikanischen Gefügelproduzenten, die dank der Gesetzgebung in den USA ihre Hähnchen billig produzieren und vor dem Verkauf mit Chlor abspülen. Ganz im Gegensatz zu den europäischen Mastbetrieben, welche Unmengen an chemischen Stoffen wie Antibiotika und anderes mit verfüttern müssen, damit der Kunde nicht an Salmonellen erkrankt.

Diese Verfahren zum „Schutz der Verbraucher“ sind in der EU und den USA gesetzlich geregelt: der US-Bürger will keine Medikamente im Essen haben und der EU-Bürger eben kein Chlor.

Auch nicht richtig. Solche Gesetze sind selten zum Schutz der Kunden brauchbar, jedoch nützen sie dem Produzenten, vor allem den Monopolbetrieben. Der ehemalige Fußball-Sponsor von Werder Bremen hat auch hier in Europa keinen guten Ruf, aber verkauft werden die Wiesenhof-Hühnchen weltweit.

Mit Ausnahmen, wie z.B. den USA, weil dort andere Hähnchenproduzenten andere Gesetze zu ihrem Schutz haben.

Dass es dem einen wie dem anderen nicht darum geht, möglichst viele Leute satt zu bekommen, steht, so glaube ich, außer Frage. Also kommen wir zurück

zur Bedrohung. Schutzzölle oder Gesetze werden meistens dazu erlassen, um die heimischen Unternehmen zu schützen und zwar vor billiger Konkurrenz aus dem Ausland. Und hier kommt TTIP auf den Plan. Ein Freihandels- oder genauer gesagt Investitionsschutzabkommen:

„Wenige Monopolisten der USA, wenige Monopolisten des deutschen Imperialismus und eine kleine Anzahl anderer Monopolisten anderer EU-Staaten haben nach dem Abkommen das Recht, wenn durch die Gesetzgebung des Nationalstaats

Mit anderen Worten gesagt: Wenn ein Kapitalist feststellt, dass ihm wie oben Beschriebenes widerfährt, nutzt er ein „Schiedsgericht“, um seinen Gewinn nicht durch die Konkurrenz schmälern zu lassen.

„Wenn wenige internationale Monopolisten aus den stärksten imperialistischen Ländern eine Institution verankern wollen, die außerstaatlich und ohne jegliche Legitimation ihr investiertes Kapital und ihren Raub an Ressourcen in einem Abkommen verankern wollen, indem es heißen soll, dass Klagen gegen Staaten [...] nicht von nationalen Gerichten [...] aufgehoben werden können, dann ist der Nationalstaat im gesamten in Gefahr.“ (S. 21)

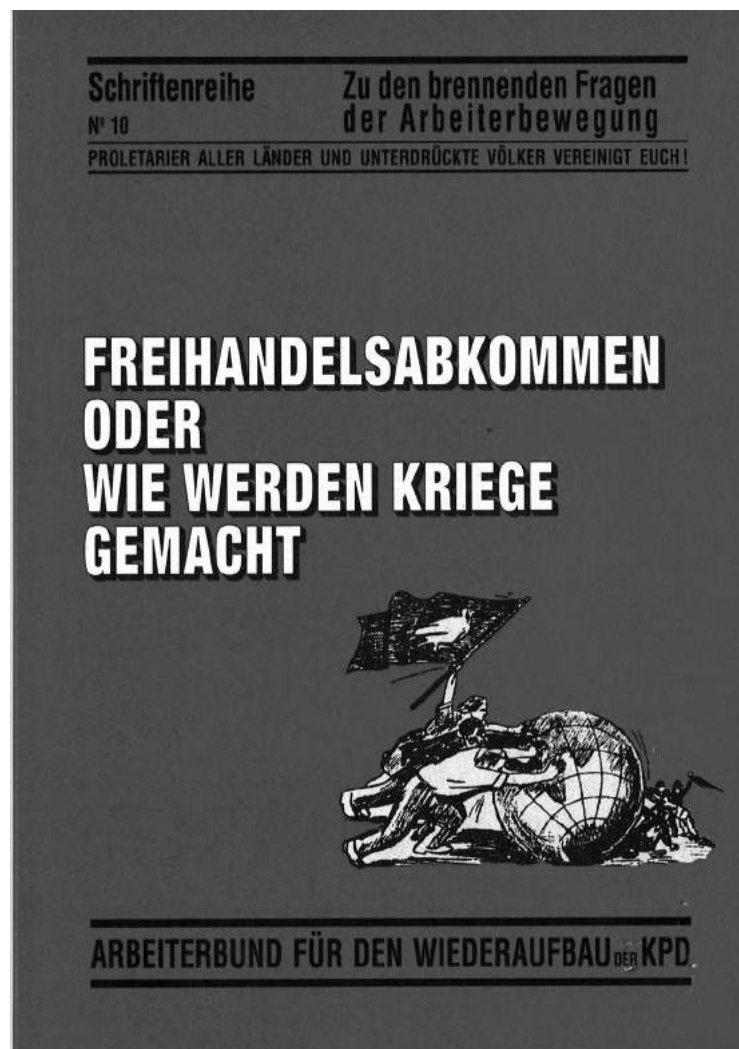
Dies können nicht nur die Kapitalisten der schwächeren Staaten nicht dulden, sondern vor allem die Völker Europas und der Welt.

„Weil sonst dieses Freihandelsabkommen – was ein anderes Wesen ist – nur den Krieg vergrößert und sein Herankommen verschnellert. Denn das hat sich am Freihandelsabkommen nicht geändert: dass es ein Potential besitzt, den Krieg zwischen Ländern zu verschnellern. Und bestenfalls nur für ganz, ganz kurze Zeit den imperialistischen Krieg und seine Vorbereitung ein wenig hinauszuschieben versteht. Um dann den Krieg mit umso größerer Wucht hervorzubringen.“ (S. 32)

Man muss wissen, worum es sich wirklich dreht, wenn man durch die Straßen geht. Daher

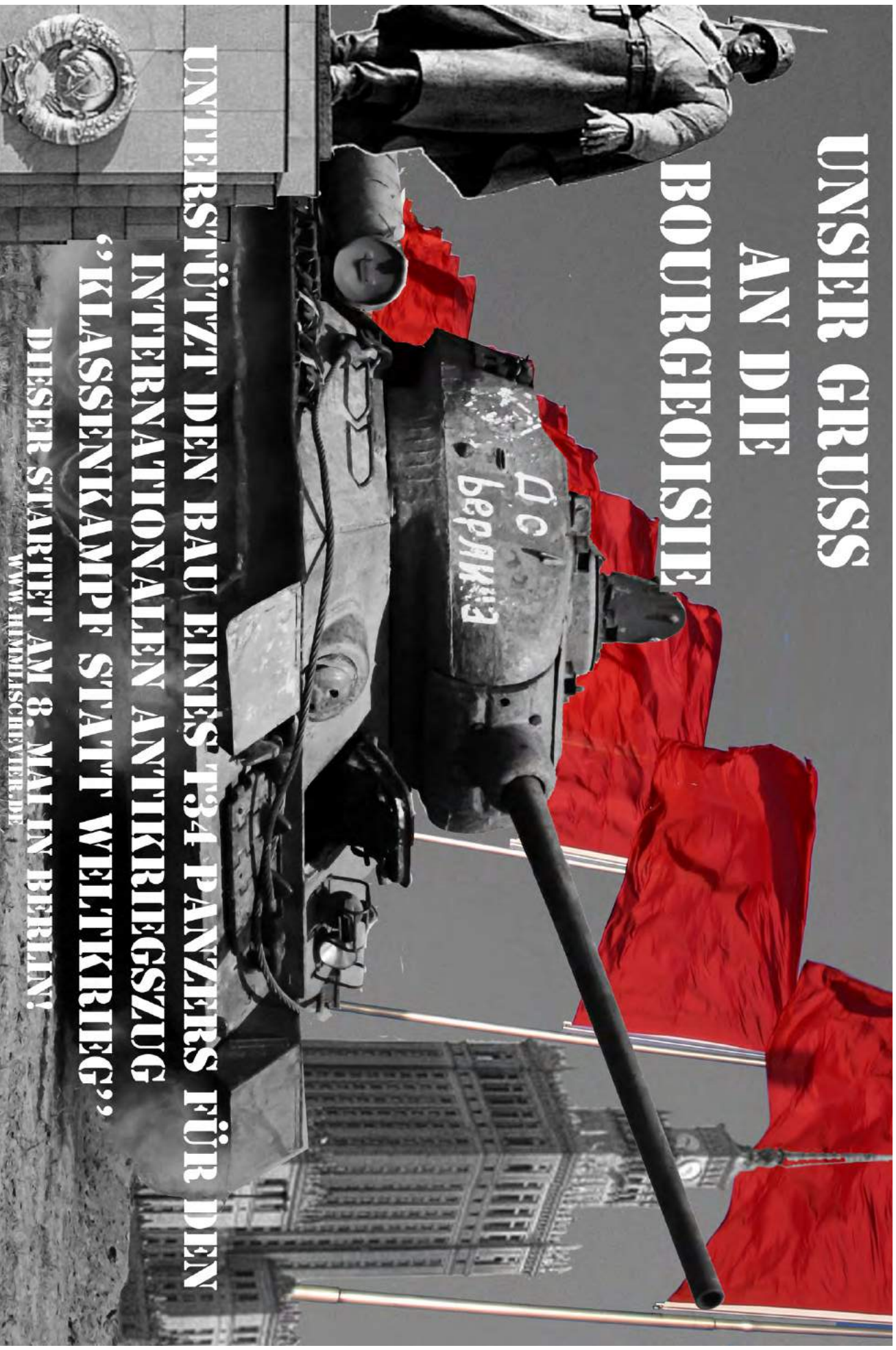
empfehlen wir euch: lest die Broschüre: „Freihandelsabkommen oder wie werden Kriege gemacht“, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (Schriftenreihe Nr. 10 zu den brennenden Fragen der Arbeiterbewegung)

Paul



ihre Profitfähigkeit in diesem Nationalstaat aus ihrer Sicht von dem Nationalstaat, in dem sie tätig sind, geschmälert bzw. eingeengt oder gar ein Stück verhindert wird, den Nationalstaat um Milliarden zu verklagen, um die Milliarden, die ihm angeblich verlustig gegangen sind, durch die Einschränkungen, gegen ihn einzuklagen.“ (S. 29)

UNSER GRUSS AN DIE BOURGEOISIE



UNTERSTÜTZT DEN BAU EINES T34 PANZERS FÜR DEN
INTERNATIONALEN ANTIKRIEGSZUG
„KLASSENKÄMPFE STATT WELTKRIEG“

DIESER STARTET AM 8. MAI IN BERLIN!

WWW.HIMMISCHEVIER.DE

JEDER EURO, JEDER CENT Hilft im Kampf gegen den Krieg! SPENDENKONTO C. WALDENBERGER
FRANKFURTER SPARKASSE KONTO-NR. 1253733021 BLZ, 50050201
KENNWORT: HIMMISCHE VIER